Gh
7218a

Gb. 7218 a

Festschrift

zur Feier des XXVjährigen Bestehens der »Pommerschen Reichspost« 1882—1907

Stettin 1907
Buchdruckerei der »Pommerschen Reichspost«

Gk 7218 a

1929. 1532.

AUS DER STADTBÜCHEREI STETTIN

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W GDAŃSKU

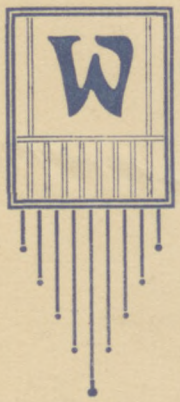
Den Freunden und Förderern der »Pommerschen Reichspost«, die uns im verflossenen Vierteljahrhundert so viele Beweise ihrer regen Teilnahme an dem Gedeihen unseres Unternehmens gaben, überreichen wir diese Blätter in dem Vertrauen, daß uns ihre wertvolle Unterstützung auch in Zukunft nicht fehlen werde.

Stettin, den 1. Oktober 1907.

»Pommersche Reichspost«
Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.

Inhalts-Verzeichnis.

1. Die Gründung der »Pommerschen Reichspost« . . . . Seite 1
2. Äußere Verhältnisse 1882—1907 . . . . . » 7
3. Unter drei Kaisern und vier Kanzlern . . . . . » 17
4. Persönliches und anderes . . . . . » 35
5. Schlußwort . . . . . » 45



Weite Welt und breites Leben,
Langer Jahre redlich Streben,
Stets geforscht und stets gegründet,
Nie geschlossen, oft geründet,
Älteres bewahrt mit Treue,
Freundlich aufgefaßtes Neue,
Heitern Sinn und reine Zwecke:
Nun, man kommt wohl eine Strecke.

(Goethe.)

1. Die Gründung der »Pommerschen Reichspost«.

Als im Jahre 1871 – dank der unvergleichlichen Heldentaten unseres Heeres – das Sehnen der deutschen Stämme nach einem einigen Deutschen Reich erfüllt und die Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung durch die Begründung des Deutschen Reichstages sichergestellt war, hatten wir gar bald einen gewaltigen Aufschwung des politischen Lebens zu verzeichnen. Das für die Reichstagswahlen eingeführte allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zwang die politischen Parteien zu lebhafterer Agitation als zuvor. Die wichtigste Waffe im politischen Streit, die Presse, erhielt eine höhere Bedeutung. Eine Reihe großer Zeitungen, von denen viele noch heute bestehen, wurde in's Leben gerufen. Das erste Jahrzehnt des neuen Deutschen Reiches sah die sogenannte »liberale Ära«, aber es sah auch ihren Zusammenbruch. Die neuen wirtschaftspolitischen Bahnen, die des Reiches erster Kanzler, der unvergeßliche Fürst Bismarck, im Jahre 1878 beschritt und die ihren ersten gesetzgeberischen Ausdruck im Zolltarif von 1879 fanden, machten ihm einen erheblichen Teil des Liberalismus zum Gegner. In den Kreisen des werktätigen deutschen Volkes aber fand der von Bismarck eingeleitete und mit allem Nachdruck geförderte Schutz der nationalen Arbeit bald begeisterten Widerhall. Die deutschkonservative Partei des Reichstages stellte sich bei diesem Werk entschlossen an die Seite des Kanzlers. Leider aber entsprach die Zahl der konservativen Zeitungen der Bedeutung der Partei und ihrem Ansehen im Lande nicht. Der Liberalismus beherrschte durch eine große Zahl von Tageszeitungen in der Reichshauptstadt und in den Provinzen noch vielfach die Wählermassen und trieb sie in die schärfste Opposition gegen die Bismarck'sche Wirtschaftspolitik. In konservativen Kreisen hielt man es deshalb für geboten, diesem starken Einfluß des Liberalismus auf die Gestaltung unserer Gesetzgebung durch Vermehrung der konservativen Preßorgane entgegenzuwirken.

In Pommern standen alle irgendwie einflußreichen Zeitungen im liberalen Lager. Eine Anzahl konservativer Männer trat deshalb im Sommer des Jahres 1882 zu einer Beratung über die Gründung eines konservativen Provinzialblattes in Stettin zusammen. An ihrer Spitze stand der namentlich in kirchlichen Kreisen weit bekannte Rentner A. Andrae (Roman). Zu den Mitgliedern dieses engeren konservativen Kreises gehörten u. a. der Oberpräsident a. D., Wirklicher Geheimer Rat v. Kleist-Retzow, ein Jugendfreund des Fürsten Bismarck, der Kommerzienrat Johs. Quistorp und die Kaufleute A. Baltzer und Paul Wolfram in Stettin. Sie alle sind bereits zur ewigen Ruhe eingegangen; das Samenkorn aber, das sie im Jahre 1882 ausstreuten, ist aufgegangen und hat im Laufe des nun verflossenen Vierteljahrhunderts mannigfache Frucht getragen.

Die Stettiner Verhandlungen führten zur Gründung einer täglich erscheinenden konservativen Zeitung unter dem Titel »Pommersche Reichspost«, deren Probenummer Ende September und deren erste ordentliche Nummer am Dienstag, den 3. Oktober 1882 erschien. Das Unternehmen erhielt die Form einer Aktien-Gesellschaft mit dem Namen »Deutsche Presse«. Vorsitzender des Aufsichtsrats wurde A. Andrae (Roman), Direktor der Gesellschaft Fritz Spiethoff, ein konservativer Volkswirt, der bereits andere ähnliche Unternehmungen geleitet hatte. Der Druck des Blattes wurde dem Buchdruckereibesitzer Adolf Klein-Groß-Lichterfelde übertragen, der mit seiner Druckerei nach Stettin übersiedelte. Die Räume für Druckerei, Geschäftsstelle u. s. w. wurden vom Kommerzienrat Quistorp auf dem Grundstück der heutigen Molkerei Eckerberg zur Verfügung gestellt. Es zeigte sich aber bald, daß der Stadtteil Westend wegen seiner sehr entfernten Lage vom Stettiner Geschäftsviertel für den weiteren Verbleib der Druckerei daselbst ungeeignet war. Aufsichtsrat und Direktion mieteten deshalb schon Anfang Oktober Geschäftsräume im Hause Grüne Schanze Nr. 2, wohin das neue Unternehmen denn auch am 9. Oktober übersiedelte.

An die Spitze der Redaktion der neuen Zeitung wurde der Professor Heinrich Contzen berufen, der vorher konservative Blätter in Eisenach und Hannover geleitet hatte. Neben ihm war auch der Direktor Spiethoff in der Redaktion tätig.

Die Nummer 1 der »Pommerschen Reichspost« enthielt folgende Darlegung der Grundsätze für das Wirken des neuen Blattes:

»Mit der heutigen Nummer erscheint in Stettin unter dem Titel »Pommersche Reichspost« als Preßorgan der konservativen Partei eine politische Tageszeitung.

Indem wir unsern Gesinnungsgenossen in Stadt und Provinz das Unternehmen hierdurch ankündigen und sie um ihre tatkräftige Unterstützung durch zahlreiches Abonnieren und Inserieren bitten, erklären wir ausdrücklich, daß wir unter »konservativ« weder den Rückschritt noch den Stillstand verstehen. Das »konservative« Staatsprinzip ist uns nach dem strengen Wortsinn lediglich das »erhaltende« Staatsprinzip. Wie im lebendigen Menschenkörper ist aber auch im lebendigen Staats- und Volkskörper nur das erhaltend, was gleichzeitig erneuernd und fortbildend sowie hinsichtlich des Abgestorbenen und Faulen auch ausscheidend ist. So fassen Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck das »konservative« Staatsprinzip auf und so faßte es Friedrich der Große auf. Deshalb wurden sie als wahrhafte Konservative, d. h. als wirkliche Erhalter und Fortbildner des Guten gleichzeitig die ersten Fortschrittsmänner ihrer Zeit.

Nur in diesem Sinne der Erhaltung und Fortbildung des Guten, sowie der Ausscheidung des Veralteten, Schlechten und Faulen will die »Pommersche Reichspost« konservativ sein. Deshalb erklärt sie als »konservatives«, d. h. als »erhaltendes« Prinzip alles dasjenige, was unser deutsches Volk beschützt:

a) vor den Gefahren der Sozialdemokratie durch endliche und ehrliche Verwirklichung des praktischen Christentums

weil dieses den berechtigten Forderungen der Arbeiter voll entspricht;

b) vor den Gefahren des sogenannten »Liberalismus« in Politik und Volkswirtschaft durch ernsthafte und ehrliche Verwirklichung des in der landesväterlichen Kaiserbotschaft vorgeführten sozialen Königtums und der darauf aufgebauten Wirtschafts- und Sozialreform des Fürsten Bismarck;

c) vor den Gefahren der augenscheinlich zunehmenden Sittenverwilderung durch Beseitigung der Arbeits- und Verdienstlosigkeit, sowie durch Wiedererweckung und Kräftigung christlicher Lebens- und Weltanschauungen.

Ganz speziell soll die »Pommersche Reichspost« eintreten für die Beschützung und Förderung der durch den falschen Liberalismus und durch sein System der Sichselbstüberlassung besonders bedrohten Existenz-Interessen aller produzierenden Klassen, vornehmlich der Landwirte, Handwerker und Arbeiter. Diese Interessenvertretung werden wir durch Bezeichnung derjenigen Mittel und Wege erfüllen, welche sich zur Beseitigung der vorhandenen Notstände darbieten.« –

Die erste Nummer enthält ferner einen Leitartikel »Neue Aufgaben der Zeitungspresse«, den Anfang einer Erzählung, politische Nachrichten, Mitteilungen aus Stettin, aus der Provinz Pommern, aus dem Reich und dem Auslande, Börsenberichte und Anzeigen. Die erste Seite der ersten Nummer geben wir in dieser Schrift im Bilde wieder. –

So war denn das neue Unternehmen in die Wege geleitet und es hatte sich nun zu zeigen, ob die Zeitung Lebenskraft genug besaß, um die großen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich ihrem Aufblühen in einer bis dahin rein liberalen und freihändlerischen Umgebung naturgemäß entgegenstellten.

No. 1. Stettin, Dienstag, den 3. October 1882. 1. Jahrgang.

Pommersche Reichspost.

Erscheint sechsmal wöchentlich.
Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt Mark 2.50.

Redaction & Expedition in Stettin
Mönchenstrasse 4.

Insertionspreis für den Raum einer fünfspaltigen Petitzeile
15 Pfennige.

Programm und Abonnements-Einladung.

Mit der heutigen Nummer erscheint in **Stettin** unter dem Titel:

„Pommersche Reichspost"

als Presseorgan der **konservativen** Partei eine politische Tageszeitung.

Indem wir unseren Gesinnungsgenossen in Stadt und Provinz das Unternehmen hierdurch ankündigen und sie um ihre thatkräftige Unterstützung durch zahlreiches Abonniren und Inseriren bitten, erklären wir ausdrücklich, daß wir unter „konservativ" weder den Rückschritt noch den Rückhalt verstehen. Das „konservative" Staats-Prinzip ist und muß dem stetigen Wachsthum lebendig das „organische" Wandeln zu. Wie im lebendigen Menschenleben ist aber auch im lebendigen Staats- und Volkskörper **nur das „erneuernde"**, weil gleichzeitig erneuernd und fortbildend, jene hinsichtlich des **Pflegebefohlenen** auch **Amme** durch **ausdauernd** ist. So hatten Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck das „konservative" Staats-Prinzip und sind in Folge es Friedrich d. Gr. auf Deutschl. wurden sie als **wahrhaft konservative**, d. h. als wirklich Erhalter und Fortbildner des Volkes gleichzeitig die ersten Fortschrittsmänner ihrer Zeit.

Nur in diesem Sinne der Erhaltung und Fortbildung des Volkes, sowie der Kräftigung des Preußischen und Deutschen will die **Pommersche Reichspost** „konservativ" sein. Demnach erklärt sie sich „konservativ", d. h. als „erhaltend", Prinzip nicht dagegen, und sieht deutlich Heil bringen:

a. von der Gesetzen der Gesetzlichkeit durch entlich- und ehrliche Verwaltung der gesetzlichen Einrichtungen, weil durch das traurigste Verleugnen der Ehrfurcht vor dem Gesetze;
b. von den Bestrebungen des sogenannten „Liberalismus" in Politik und Volkswirthschaft durch ersteren die Vermischung des Volkes in den sozialdemokratischen Völkerbrei vorgetragenen **sozialen Königthums** und der darauf gebauten **Wirthschafts- und Zollreform des Fürsten v. Bismarck**;
c. von den Bestrebungen der ungerechtfertigt zunehmenden Zehrconcurrenz durch Beseitigung der Arbeits- und Verdienstlosigkeit, sowie durch Wiederverbindung und Befriedigung christlicher Lebens- und Weltanschauungen.

Ganz speziell will die **Pommersche Reichspost** insonders für die Belehrung und Stärkung der durch das falsche Liberalismus und durch jene Sichten der Sittlichkeitsverlassung bedrohten **christlichen Familien-Väter** ein **protestantischen** Blatten, vorzugsweise der

Landwirthe, Handwerker und Arbeiter.

Diese Interessen-Vertretung werden wir durch Erörterung wichtiger Mittel und Wege erstreben, welche sich zur Beseitigung der vorhandenen Nothstände darbieten.

Neben den politischen Tagesereignissen und sozialen Theile wird die **Pommersche Reichspost** eine besondere Ergänzung, interessante Nachrichten aus Provinz und Stadt, und Börsen- und Marktberichten liefern, sowie die wichtigen Handels- und Zoll-Tarife und den Cours-Zettel bringen.

Endlich endlich nennen ist der „Pommerschen Reichspost" wesentlich beizulegen werden die längeren **populär-wissenschaftlich gehaltener Aufsätze** über wichtige Fragen der Politik, Volkswirthschaft, Gesetzeskunde und praktischen Gesundheitspflege sowie über das Leben und die Thaten großer Männer und Vorbilder. Für das nächste Quartal sind bezw folgende Artikel bestimmt:

1. Friedrich II. als nationalwirthschaftlicher Lehrmeister Deutschlands
2. Otto v. Bismarck als nationalwirthschaftlicher Lehrmeister II.
3. Was bedeutet die neue Wirthschaftspolitik Deutschlands?
4. Die Nothwendigkeit einer nationalen Handels- und Schutzzollpolitik für Deutschland
5. Die Nothwendigkeit landwirthschaftlicher Schutzzölle.
6. Ueber die Reform des Zoll- und Tarifwesens
7. Ist die Zinsnothlage gleichbedeutend mit der Handwerkernothlage?
8. Eine allgemeine Steuerreform erfordert allgemeine Bildungsreform.
9. Die Verwahrung und Versicherung der Nahrungsquellen als gemeinschaftliches Interesse aller Gesammtstände.
10. Die Postanweisung einer nationalen Arbeiterbank.
11. Die Einigung überseeischer Colonien und moralischer Plantagen.
12. Eine neue Behandlung der Tuberculose von Dr. med. Dibomann. Zur Verhütung aller Uebertragung.
13. Ist die Hundesteuer ein berechtigtes Hilfsmittel oder ein Schwindel?
14. Die Verbesserung der Religionsschule durch verbesserliche Behandlung des Materialismus auf durch Werke des praktischen Christenthums.

Man abonnirt bei allen Preußischen Postanstalten und Landbriefträgern für **Mk. 2.50** vierteljährlich.

Für Stettin in allen Expeditionen monatlich 75 Pf., frei ins Haus 85 Pf.

Haupt-Expedition in Stettin: Mönchenstraße 4.

Die Redaction: Dr. H. Lentzen.

Neue Aufgaben der Zeitungspresse.

Amerikanische Blätter machten sich der Gelegenheit des Telephonmonopols lustig darüber, daß die Nachrichtenübermittlungen hierdurch neue, sondern eine solche Beschleunigung, die Tage sicherten, welche die zum Ueberdruck bereits in der Presse existiren werden sein. „Es sagt sich eben auch in Deutschland — bemerkt speziell die Wiener „Presse" — daß die Zeitungen den Volkswirthen immer mehr die Mühe abnehmen, eigene Gedanken zu finden."

Trotz über die wachsende Bedeutung der Zeitungspresse hier angedeutet wird, ist eine ganz neue Culturaufgabe, deren hohe Bedeutsamkeit der Bischof Ketteler einmal in das berühmte Wort Frieden lichte heute der Apostel Paulus, so würde er Zeitungsschreiber werden.

Freilich schließt die wachsende Wichtigkeit der Zeitungspresse auch wachsende Pflichten für die Blätter in sich, und zwar gerade in der Richtung neuer Gedanken und neuer Culturentdeckungen. Denn nur weil die Presse ein mächtiger Hebel des Culturfortschritts, also der Träger einer Culturmission sein kann, war der Apostel Paulus vor 1800 Jahren am Wendepunkte einer großen Culturumwandlung durch Verständigung neuer Ideen und Offenlegung neuer Entwicklungswege der Träger einer genialen Culturmission war — nur unter den großen Gesichtspunkten einer solchen Berufsauffassung konnte es dem Bischof Ketteler entgehen, die Aufgabe der Presse in unserer Zeit mit der weltgeschichtlichen Größe des Heidenapostels in der homilischen Zeit zu vergleichen. Von dieser Auffassung abgesehen, würde das Letztere und noch zu, so wenig gerechtfertigt dieser Vergleich ist, eine inhaltleere Redensart, so eine gewissenhafte Sicherheit sein.

Doch nicht nur für die Presse, die Inhaber und Redakteure der Zeitungen, sondern in noch höherem Maße schwebt eine große Kulturmission der Zeitungen höhere Pflichten ist das Publikum in sich: nämlich die Pflicht nur eine solche Presse zu unterstützen, welche jener Kulturmission gerecht wird, bei dieser Unterstützung aber einen strengen Optimismus zu entwickeln, welcher der Wichtigkeit des neuen Kulturmittels auch thatsächlich entspricht.

Eine verwerfliche Presse ist außer Stande, irgend eine Kulturmission zu erfüllen, geschweige denn eine so hohe, wie Bischof Ketteler sie durch Nennung des Apostels Paulus andeutet. Neue Ideen zu finden, neue Kulturentwickelungen anzubahnen, neue Kulturfortschritte zu beobachten — alles dieses erscheint als verfehlte Aufwendungen neue Kraft. Der Leser will nicht nur die besten Zeitungen zu Gebote stehen. Auch wünscht er sich Irrthum sein, anzunehmen, als sei das Ziel der Vervollkommnung einer hohen Kulturmission der Presse allein maßgebend. Nein, hier allerdings ist die hohe Auffassung edel. Wo heute steht ist das reichste Gold einer neue Minen, als ein Hilfsmittel jener Kulturmission. Die gute Tageszeitung sehr gut ausgerüstet Zeitungen, welche gleichen wirklichen Fortschrittseifer, gegenüber nicht der Herkömmlichkeit, handeln den Anti-Pauluß treiben, zu welche der Aufgabe ihrer Zeitung zu entfernen, als nicht diejenige mit möglichster Raschheit alle Neuerungen, alle neuergrabenen Ideen von hoher Bedeutung zu verbreiten. Der Kampf gegen solche Strömungen ihrem Ursprunge der eigene Unvermögen sicherer für neue Ideen unter, aber sie überschätzen die Gefahr, durch neue Neuerungen hier und da angeführt, was Alles auf ein Verstoß des Apostels Paulus hinauslaufe.

Eine solche Presse kann gerade diejenigen Gütern des Parteiverhältnisses nicht ausfüllen, welche dieser in der Richtung neuer Ideen notwendig offenbart und wegen Ueberhäufung mit gegegnerischen Aufgaben unmöglich werden. Das Parlament geht aus Wahlbestimmungen hervor. Die Wahlkreis aber ist einmal der Träger und Treiber des Culturfortschritts. Hier liegt die natürliche Lücke des Parlamentarismus thatsächlich neuer Kulturgedanken. Die großen Kulturideen der überseeischen Colonisation und Cultivation, wie auch die großen Culturideen des privatwirthschaftlichen Fortschritts sind in unserm Parlamente ohne Vertretung. Die berühmtesten Träger dieser neuen Culturbewegungen mühen sich vergeblich bei der Parlamente ab, ihren Ideen Eingang zu verschaffen. Auch das Parlament hier den Culturfortschritt verweigert, auch hier die Presse als „Pauluspflicht" beim herauszuhelfen helfen. Das geht zur naturgemäßen Ergänzung unserer öffentlichen Culturvorrichtungen. Doch nicht nur die Natur der Dinge, sondern gerade die neue Cultur hat auch einen neuen tiefen Grund für diese Ergänzung des Parlamentarismus durch die Presse geschaffen: nämlich die durch den Culturfortschritt selbst bewirkten Revolutionen der Technik und die dadurch mit Dampfgeschwindigkeit ergangen neuen Bedürfnisse des sozialen Lebens, welchen der Parlamentarismus durch gesetzgeberische Neuerung nicht mehr, weil nicht die zwischen unseren technischen und sozialen Entwickelungen klaffen entstehende Kluft zu einem sicheren Abgrund drohender Ungleichheit und Verzweiflung werden soll. Nur eine, gerade in der Richtung neuer Culturideen stehende Presse kann die Höhe ihrer Culturmission stehende Presse kann die moderne Gesellschaft vor der letzteren Gefahr schützen, andernfalls rennt diese mit blinden, d. h. die durch die Presse nicht geöffneten Augen in jenen Abgrund hinein.

Die „Pomm. Reichspost" will sich bemühen, der verschiedenen angedeuteten neuen Culturmission der Presse gerecht zu werden. (Die Red.)

Deutschland.

Das nächste Regierungs-Programm. Die „Nordd. allgemeine Zeitung" bringt folgenden hochinteressanten constitutionellen Artikel:

Nach verschiedenen Aeußerungen will es scheinen, daß die Regierung noch vor Jahresschluß das Verantwortlichkeitsgesetz der Landtags-Minister vorzulegen beabsichtigt. Dadurch hätte der Landtag das Gesetz des preußischen Landtags darüber beschlußfassen, daß eine Klage, die durch die dortigen Gerichte und die Instanzen der deutschen Reichsgerichte nicht entschieden wird, vor den Gerichtshof zur deutschen Reichsgerichte (Tabellenamt) zu entscheiden. Einnahmen auch gerade zur Wahlzeit vom dortigen Thronen und zu diesem anderen Zwecke stattgefunden hätte. Dieser zweite Punkt bedeutet vor der Hand nicht mehr als daß Tabellenamt abgelehnt ist und anderweite Vorlagen für den Reichstag, um auch indirekten Steuerquellen Mittel zur Erleichterung des Druckes der direkten Steuern zu entziehen, für den Augenblick nicht in Aussicht stehen. Denn solche in Aussicht genommen werden, wird schließlich werden müssen, ob der preußische Staat überhaupt die Bedürfnisse an erhöhten Einnahmen hat. Die Regierung ist von dem Bedürfniß des preußischen Staates überzeugt; sie hat sich bisher aber weder im Reichstage, noch im preußischen Landtage klaren Rechenschaft gegeben. Im Gegentheil hat der preußische Landtag in Frühjahr durch das Drängen auf neuen Schatz, seine Gleichgiltigkeit bei dieser Frage bekundet, und im Reichstage ist das Bedürfniß neuer Steuern und des Vorhandenseins einer Einnahmequelle in Preußen, angesichts der Millionen von Ueberschußverwendungsfragen, bestritten worden. Die preußische Regierung bedarf daher, bevor sie im Reichstage auf Eröffnung neuer Steuerquellen stellt, einer sicheren Legitimation, als bisher, für ihre Gesetze und Behauptung daß in ihrem Lande lebendiges Steuerbedürfniß. Sie muß zu diesem Behufe bei den Herren noch kompromittirte Zeugniß bei der eigenen Landesvertretung, in Händen haben, bevor sie im Reiche neue Anträge auf Bewilligung von Mitteln für die Erleichterung des von ihr behaupteten Druckes stellen kann. Der oben angeführte Passus des Verantwortungsgesetzes, das Zeugniß des preußischen Landtags über den in Preußen bestehenden Steuerdruck herbeizuführen, beweist also heut zu Tage in verschiedene Weise fort. Wenn nun und noch über die zweite Vorfrage, über die Verwendung von Mitteln, nicht der Rest verbunden herrschen die wir nicht besitzen, und die uns vom Reichstage auch in anderer Form, als in der bei Tabellenamtes vielleicht verlegt werden, so bleibt es doch Pflicht der Regierung, daß sie über den guten Willen des Königs, seiner hohen Minister etwas zu setzen, seinen Zweifel aufkommen läßt, sondern sich zunächst das Bedürfniß-Zeugniß von preußischen Landtage verschafft und mit denselben in der Hand von neuem die Reichsbehörde zu öffnen sucht. Stellt der preußische

Die erste Nummer der »Pommerschen Reichspost« vom 3. Oktober 1882.

weil dieses den berechtigten Forderungen der Arbeiter voll entspricht;

b) vor den Gefahren des sogenannten »Liberalismus« in Politik und Volkswirtschaft durch ernsthafte und ehrliche Verwirklichung des in der landesväterlichen Kaiserbotschaft vorgeführten sozialen Königtums und der darauf aufgebauten Wirtschafts- und Sozialreform des Fürsten Bismarck;

c) vor den Gefahren der augenscheinlich zunehmenden Sittenverwilderung durch Beseitigung der Arbeits- und Verdienstlosigkeit, sowie durch Wiedererweckung und Kräftigung christlicher Lebens- und Weltanschauungen.

Ganz speziell soll die »Pommersche Reichspost« eintreten für die Beschützung und Förderung der durch den falschen Liberalismus und durch sein System der Sichselbstüberlassung besonders bedrohten Existenz-Interessen aller produzierenden Klassen, vornehmlich der Landwirte, Handwerker und Arbeiter. Diese Interessenvertretung werden wir durch Bezeichnung derjenigen Mittel und Wege erfüllen, welche sich zur Beseitigung der vorhandenen Notstände darbieten.« —

Die erste Nummer enthält ferner einen Leitartikel »Neue Aufgaben der Zeitungspresse«, den Anfang einer Erzählung, politische Nachrichten, Mitteilungen aus Stettin, aus der Provinz Pommern, aus dem Reich und dem Auslande, Börsenberichte und Anzeigen. Die erste Seite der ersten Nummer geben wir in dieser Schrift im Bilde wieder. —

So war denn das neue Unternehmen in die Wege geleitet und es hatte sich nun zu zeigen, ob die Zeitung Lebenskraft genug besaß, um die großen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich ihrem Aufblühen in einer bis dahin rein liberalen und freihändlerischen Umgebung naturgemäß entgegenstellten.

No. 1. Stettin, Dienstag, den 3. October 1882. 1. Jahrgang.

Pommersche Reichspost.

Erscheint sechsmal wöchentlich.
Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt Mark 2.50.

Redaction- & Expedition in Stettin
Mönchenstrasse 4.

Insertionspreis für den Raum einer fünfspaltenen Petitzeile
15 Pfennige.

Programm und Abonnements-Einladung.

Mit der heutigen Nummer erscheint in **Stettin** unter dem Titel:

„Pommersche Reichspost"

als Preßorgan der **konservativen** Partei eine politische Tageszeitung.

Indem wir unseren Gesinnungsgenossen in Stadt und Provinz das Unternehmen hierdurch ankündigen und sie um ihre thatkräftige Unterstützung durch zahlreiches Abonniren und Inseriren bitten, erklären wir ausdrücklich, daß wir unter „konservativ" weder den Rückschritt noch den Stillstand verstehen. Das „konservative" Staats-Princip ist uns nach dem strengen Wortsinn lediglich das „erhaltende" Staatsprincip. Wie im lebendigen Menschenkörper ist aber auch im lebendigen Staats- und Volkskörper **nur das** „erhalten", was gleichzeitig **erneuernd** und **fortbildend**, sowie hinsichtlich des **Abgestorbenen** und **Faulen** auch **ausscheidend** ist. So sollen Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck das „konservative" Staats-Princip auf und so faßte es Friedrich d. Gr. auf. Deshalb wurden sie als wahrhafte Konservative, d. h. als wirkliche **Erhalter** und **Fortbildner** des **Guten** gleichzeitig die ersten Fortschrittsmänner ihrer Zeit.

Nur in diesem Sinne der **Erhaltung** und **Fortbildung** des **Guten**, sowie der **Ausscheidung** des **Veralteten, Schiefen** und **Faulen** will die **Pommersche Reichspost** „konservativ" sein. Deshalb erklärt sie sich „konservativen", d. h. als „erhaltenden" Princip alles dasjenige, was unser deutsches Volk bedürftige:

a. vor den Gefahren der Sozialdemokratie durch endliche und ehrliche Verwirklichung des **praktischen Christenthums**, weil dieses den berechtigten Forderungen der Arbeiter vollständig entspricht;
b. vor den Gefahren des sogenannten „Liberalismus" in Politik und Volkswirthschaft durch ernsthafte und ehrliche Verwirklichung des in der landesväterlichen Kaiserbotschaft vorgeführten **sozialen Königthums** und der darauf gebauten **Wirthschafts- und Sozialreform des Fürsten v. Bismarck**;
c. vor den Gefahren der zugreifenderweise zunehmenden **Sittenverwilderung** durch Beseitigung der **Arbeits- und Verdienstlosigkeit**, sowie durch Wiederverneuung und Kräftigung **christlicher** Lebens- und Weltanschauungen.

Ganz speziell soll die **Pommersche Reichspost** eintreten für die Beschäftigung und Förderung der durch den falschen Liberalismus und durch sein System der Sichstsstellverfassung besonders bedrohten Existenz-Interessen aller **produzirenden** Klassen, vornehmlich der

Landwirthe, Handwerker und Arbeiter.

Diese Interessen-Vertretung werden wir durch Erörterung derjenigen **Mittel und Wege** erfüllen, welche sich zur Beseitigung der vorhandenen Nothstände darbieten.

Neben dem politischen, volkswirthschaftlichen und sozialen Theile wird die **Pommersche Reichspost** eine **spannende Erzählung**, interessante **Nachrichten** aus **Provinz** und **Stadt**, aus **Vereinen** und **Versammlungen**, sowie die **wichtigsten Handels-** und **Industrie-Berichte** und den **Cours-Zettel** bringen.

Außerdem endlich soll der „Pommerschen Reichspost" unentgeltlich beigelegt werden ein längerer **populär-wissenschaftlich gehaltener Aufsatz** über wichtige Fragen der **Politik, Volkswirthschaft, Sozialreform** und praktischen **Gesundheitspflege** sowie über das Leben und die Thaten großer Männer und Vorbilder. Für das nächste Quartal sind dazu folgende Stoffe bestimmt:

1. **Friedrich List als** nationalwirthschaftlicher Bahnbrecher Deutschlands.
2. **Otto v. Bismarck als** nationalwirthschaftlicher Testamentsvollstrecker **List's**
3. **Was bedeutet die neue Wirthschaftspolitik Bismarcks?**
4. Die Nothwendigkeit einer nationalen Handels- und Schutzzollpolitik für Deutschland.
5. **Die Nothwendigkeit landwirthschaftlicher Schutzzölle.**
6. Ueber die Reform des Bank- und Creditwesens
7. Ist die Innungsfrage gleichbedeutend mit der Handwerkerfrage?
8. Eine glänzende Kaiserpolitik erfordert glänzende Finanzen.
9. Die Vermehrung und Sicherung der Nahrungsquellen als gemeinschaftliches Arbeitsfeld aller Vaterlandsfreunde.
10. Die Nothwendigkeit einer national organisirten Auswanderung.
11. Die Erlangung überseeischer Colonien und tropischer Plantagen
12. Eine neue Behandlung der Trunksucht von Dr. med. Didmann. Zur Beruhigung aller Eltern.
13. Ist die Homöopathie ein bewährtes Heilverfahren oder ein Schwindel?
14. Die Bekämpfung der Religionslosigkeit durch wissenschaftliche Beseitigung des Materialismus auch durch Werke des praktischen Christenthums.

Man abonnirt bei allen Preußischen Postanstalten und Landbriefträgern für **Mk. 2.50** vierteljährlich.

Für Stettin in allen Expeditionen monatlich 75 Pf., frei ins Haus 85 Pf.

Haupt-Expedition in Stettin: Mönchenstraße 4.

Die Redaction: Dr. H. Contzen.

Neue Aufgaben der Zeitungspresse.

Ausländische Blätter machten sich den Gelegenheit des Tabaksmonopols lustig darüber, daß die Reichstagsverhandlungen keinerlei neue, sondern nur solche Gesichtspunkte zu Tage förderten, welche bis zum Ueberdruß bereits in der Presse erörtert worden seien. „Es zeigt sich eben auch in Deutschland — bemerkt speziell die Wiener „Presse" — daß die Zeitungen den Volksvertretern immer mehr die Mühe abnehmen, eigene Gedanken zu finden."

Was über die wachsende Bedeutung der Zeitungspresse hier angedeutet wird, ist eine ganz neue Culturthatsache, deren hohe Bedeutsamkeit der Bischof Kettler einmal in das berühmte Wort kleidete: lebte heute der Apostel Paulus, so würde er Zeitungsschreiber werden.

Freilich schließt die wachsende Wichtigkeit der Zeitungspresse auch wachsende Pflichten für die Blätter in sich, und zwar gerade in der Richtung neuer Gedanken und neuer Culturentwickelungen. Denn nur weil die Presse ein mächtiger Hebel des Culturfortschritts, also der Träger einer Kulturmission sein kann, wie der Apostel Paulus vor 2000 Jahren am Wendepunkte einer großen Culturerneuerung durch Verkündigung neuer Ideen und Offenlegung neuer Entwickelungswege der Träger einer gewaltigen Culturmission war — nur unter den großen Gesichtspunkten einer solchen Berufsauffassung konnte es dem Bischof Kettler einfallen, die Aufgabe der Presse in unserer Zeit mit der weltgeschichtlichen Rolle des Heidenapostels in der damaligen Zeit zu vergleichen. Von dieser Auffassung abgesehen, würde das herkömmige und noch viel zu wenig gewürdigte Wort des Bischofs eine inhaltslosere Redensart, ja eine gemeinschädliche Schmeichelei sein.

Doch nicht nur für die Presse, die Inhaber und Redakteure der Zeitungen, sondern in noch höherem Maße schließt jene hohe Culturmission der Zeitungen höhere Pflichten für das Publikum in sich: nämlich die Pflicht, nur eine solche Presse zu unterstützen, welche jener Kulturmission gerecht wird, bei dieser Unterstützung aber einen eifrigen Opfermuth zu entwickeln, welcher der Wichtigkeit des neuen Kulturverlangens auch thatsächlich entspricht.

Eine vernunftsässige Presse ist außer Stande, irgend eine Kulturmission zu erfüllen, geschweige denn eine so hohe, wie Bischof Kettler sie durch Nennung des Apostels Paulus andeutet. Neue Ideen zu finden, neue Kulturentwicklungen anzubahnen, neue Kulturfortschritte zu beobachten — alles dieses erfordert redaktionelle Aufwendungen von Kraft, Zeit und Geld, welche nur sehr wenigen Zeitungen zu Gebote stehen. Doch würde es ein Irrthum sein, anzunehmen, als sei das Geld bei Durchführung einer hohen Kulturmission der Presse allein maßgebend. Nein das allerwichtigste ist die hohe Auffassung selbst. Wo diese fehlt, ist das reichste Geld eher eine Klippe, als ein Hülfsmittel jener Kulturmission. Es giebt finanziell sehr gut ausgerüstete Zeitungen, welche jedem wirklichen Kulturfortschritt gegenüber nicht den Heidenmissionar, sondern den Anti-Paulus spielen, ja, welche die Aufgabe ihrer Zeitung so auffassen, als müsse dieselbe mit ängstlicher Sorgfalt alle Neuerungen, alle anregenden Ideen von dem Leserkreise abwehren. In der Regel scheiden solche Zeitungen ihren Leserkreise die eigene Unempfänglichkeit für neue Ideen unter, oder sie überschätzen die Gesahr, durch neue Anregungen hier und da anzustoßen, was Alles auf ein Zerfallen des Apostels Paulus hinauslauft.

Eine solche Presse kann gerade diejenigen Lücken des Parlamentarismus nicht ausfüllen, welche dieser in der Richtung neuer Ideen naturgemäß offenbart und wegen Ueberlastung mit gesetzgeberischen Aufgaben immer mehr offenbaren wird. Das Parlament geht aus Mehrheitsmathen hervor. Die Mehrheit aber ist niemals der Träger und Treiber des Culturfortschritts. Hier liegt die natürliche Lücke des Parlamentarismus hinsichtlich neuer Kulturgedanken. Die großen Kulturideen der überseeischen Colonisation und Cultivation, wie auch die großen Culturideen des gesundheitswirthschaftlichen Fortschritts sind in unsern Parlamenten ohne Vertretung. Die berührtesten Träger dieser neuen Culturbewegungen müssen sich außerhalb der Parlamente ab, ihren Ideen Eingang zu verschaffen. Was das Parlament hier dem Culturfortschritt verweigert, muß ihm die Presse als „Heidenapostel" desto bereitwilliger leisten. Das gehört zur naturgemäßen Ergänzung unseres öffentlichen Culturcinrichtungen. Doch nicht nur die Natur der Dinge, sondern gerade die neue Cultur hat noch einen neuen sehr zwingenden Grund für diese Ergänzung des Parlamentarismus durch die Presse geschaffen: nämlich die durch den Culturfortschritt selbst bewirkten Revolutionen der Technik und die dadurch mit Dampfgeschwindigkeit erzeugten neuen Bedürfnisse des sozialen Lebens, welchen der Parlamentarismus gesetzgeberische Rechnung tragen muß, wenn nicht die zwischen unserm technischen und sozialen Entwicklungen schon entstandene Kluft zu einem finsteren Abgrund sozialer Unzufriedenheit und Verzweiflung werden soll. Nur eine, gerade in der Richtung neuer Culturideen auf der Höhe ihrer Culturmission stehende Presse kann die moderne Gesellschaft vor der letzteren Gefahr schützen; andernfalls rennt diese mit blindem, d. h. für durch die Presse nicht geöffnetem Auge in jenen Abgrund hinein.

Die „Pomm. Reichspost" will sich bemühen, der vorstehend angedeuteten neuen Culturmission der Presse gerecht zu werden. (Die Red.)

Deutschland.

Das nächste Regierungs-Programm. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt folgenden hochwichtigen programmatischen Artikel:

„Aus halbamtlichen Aeußerungen läßt sich schließen, daß die Regierung nicht mehr beabsichtigt, das Verwendungsgesetz dem Landtage wiederum vorzulegen. Dasselbe hatte den Zweck, 1. das Zeugniß des preußischen Landtages darüber herbeizuführen, daß eine Abhälfte des durch die direkten Steuern und die Zuschläge zu denselben herbeigeführten Ertrages nothwendig sei; 2. in Preußen gesetzmäßig festzustellen, daß die Verwendung der durch Reichssteuern (Tabaksmonopol) zu erlangenden Einnahmen auch gerade zur Abhälfung von direkten Steuern und zu keinem anderen Zwecke stattzufinden hätte. Dieser zweite Zweck besteht vor der Hand nicht mehr, da das Tabaksmonopol abgelehnt ist und anderweite Vorlagen für den Reichstag, um aus indirekten Steuerquellen Mittel zur Erleichterung des Druckes der direkten Steuern zu erlangen, für den Augenblick nicht in Aussicht stehen. Bevor solche in Aussicht genommen werden, wird festgestellt werden müssen, ob der preußische Staat überhaupt ein Bedürfniß an erhöhten Einnahmen hat. Die Regierung ist von dem Bedürfniß des preußischen Staates überzeugt; sie hat für dasselbe aber weder im Reichstage, noch im preußischen Landtage bisher Anerkennung gefunden. Im Gegentheil hat der preußische Landtag im Frühjahr, durch das Drängen auf seinen Schluß, seine Gleichgültigkeit bei dieser Frage bekundet, und im Reichstage ist das Bedürfniß neuer Steuern und das Vorhandensein eines Steuerdruckes in Preußen, ungeachtet der Millionen von Klassensteuerexekutionen, bestritten worden. Die preußische Regierung bedarf daher, bevor sie im Reich Anträge auf Eröffnung neuer Steuerquellen stellt, einer anderen Legitimation, als bisher, für ihre Ansicht und Behauptung bei in ihrem Lande bestehenden Steuerdrucke. Sie muß zu diesem Behufe das der Form nach kompetenteste Zeugniß, das der eigenen Landesvertretung, in Händen haben, bevor sie im Reiche neue Anträge auf Bewilligung von Mitteln für die Erleichterung des von ihr behaupteten Druckes stellen kann. Der eben angeführte Zweck des Verwendungsgesetzes: das Zeugniß des preußischen Landtags über den in Preußen bestehenden Steuerdruck herbeizuführen, besteht also heut zu Tage in verstärktem Maße fort. Wenn wir uns auch über die zweite Aufgabe, über die Verwendung von Mitteln, nicht der Kopf zerbrechen brauchen, die wir nicht besitzen, und die uns vom Reichstage auch in anderer Form, als in der des Tabaksmonopols vielleicht vorlegt werden, so bleibt es doch Pflicht der Regierung, daß sie über den guten Willen des Königs, seinen bedrückten Unterthanen zu helfen, keinen Zweifel aufkommen läßt, sondern sich zunächst das Bedürfniß-Zeugniß vom preußischen Landtage verschafft und mit demselben in der Hand von neuem, die Reichssteuerquelle zu öffnen sucht. Stellt der preußische

Die erste Nummer der »Pommerschen Reichspost«
vom 3. Oktober 1882.

2. Äußere Verhältnisse 1882—1907.

Die freundliche Aufnahme, welche die »Pommersche Reichspost« bei ihrer Begründung im Oktober 1882 in Stettin und in der Provinz Pommern fand, erwies am besten, daß in weiten Kreisen ein Bedürfnis für ein konservatives Provinzialblatt vorhanden war. In die Redaktion wurde Mitte November 1882 Gustav Malkewitz berufen, dem die Bearbeitung der inneren Politik und die Stellvertretung des Chefredakteurs übertragen wurde; auch wurde eine Anzahl Mitarbeiter in der Reichshauptstadt, in Stettin und in der Provinz für die Zeitung gewonnen.

Die Klein'sche Buchdruckerei, welcher, wie schon erwähnt, der Druck der Zeitung übertragen worden war, führte diesen nur ein halbes Jahr lang aus. Dann schritt die Aktiengesellschaft zur Einrichtung einer eigenen Buchdruckerei. Aufsichtsrat und Direktion übertrugen die Beschaffung derselben dem Redakteur Malkewitz, der die Vorarbeiten so beschleunigte, daß die Zeitung schon Ostern 1883 im eigenen Betriebe hergestellt werden konnte. Für Druckerei, Redaktion und Geschäftsstelle wurden große Räume im Hause Kohlmarkt 8 gemietet. Zu dem neuen Druckerei-Personal gehörten die heutigen Mitinhaber der Firma »Pommersche Reichspost«, Johannes Blankenhagen und Gustav Erdmann.

Die erste in der eigenen Druckerei hergestellte Nummer der »Pommerschen Reichspost« (Nr. 70 vom 25. März 1883) enthält an der Spitze ein Gedicht von E. Gersdorff, der damals den örtlichen Teil des Blattes redigierte. Das Gedicht trug die Überschrift: »Auf eigener Bahn«; wir geben nachstehend einige Strophen desselben wieder:

»Zum hohen Werk, das wir begonnen,
Dem ernst wir uns're Kräfte weih'n,
Hat bisher Eines nur gefehlet:
In eig'ner Werkstatt Herr zu sein!

Nun ist auch dieses uns gelungen,
Stolz steht sie da, die Druckerei,
Neu eingerichtet, fest begründet. –
Ganz unabhängig sind wir – frei!

Treu zu dem Kaiser, treu zum Reiche
Hin durch die Wogen eil' das Schiff.
Die kräft'ge Hand am Steuerruder
Führ' sicher es durch Klipp und Riff.
Der Wahrheit allezeit die Ehre,
Aufrichtig, ohne falschen Schein –
So hoffen wir bei allen Guten
Willkommen jeden Tag zu sein.

Und was nur steht in unsern Kräften –
In mannigfaltiger Gestalt
Aufklärend wirk' es und bring' Segen
In Stadt und Land für Jung und Alt.
Zieh' denn hinaus in's volle Leben,
Du Blatt, mit ernstem Trieb verfaßt,
Den Eintritt nimm in nied're Hütten,
In's Bürgerhaus, in den Palast . . .«

Mit der Einrichtung der eigenen Buchdruckerei ging ein neues Unternehmen der Aktiengesellschaft Hand in Hand: die Herausgabe einer für Berlin und das Reich bestimmten Tageszeitung unter dem Titel »Deutsche Presse«. Redakteur derselben wurde Dr. Adolf Zehlicke in Berlin, Mitglied der Redaktion Gustav Spiethoff, ein Bruder des Direktors der Aktiengesellschaft »Deutsche Presse«. Das neue Blatt war bestimmt, die Grundsätze des im Jahre 1882 unter Leitung von Prof. Dr. Heinrich Contzen begründeten «List-Klubs« zu vertreten, einer Vereinigung, die den Namen des leider viel verkannten heimgegangenen Nationalökonomen Friedrich List

trug und in dessen Sinne auf die Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse einzuwirken suchte. Die Herausgabe der »Deutschen Presse« erwies sich jedoch – was von Kennern des Zeitungswesens von vornherein befürchtet wurde – als ein Fehlschlag. Sie verschlang eine Menge Geld und mußte schließlich eingestellt werden.

Der Mißerfolg der Zeitung »Deutsche Presse« brachte bald auch das ursprüngliche Unternehmen, die »Pommersche Reichspost«, in Gefahr. Nach langen Verhandlungen, die für die daran Beteiligten viel Sorge und Aufregung mit sich brachten, trat die Aktien-Gesellschaft »Deutsche Presse« am 31. März 1884 in Liquidation. Am Tage vorher fand die entscheidende Aufsichtsratssitzung statt. Die am 31. März 1884 erscheinende Nummer der »Pommerschen Reichspost«, die letzte des Vierteljahrs, wäre beinahe die letzte Nummer überhaupt geworden. Sie enthielt an ihrer Spitze bereits die entsprechende Mitteilung an die Leser, verbunden mit der Aufforderung, ein in Stargard neubegründetes konservatives Blatt, die »Pommersche Volkszeitung«, zu unterstützen. Da erboten sich im entscheidenden Augenblick die beiden Redakteure der »Pommerschen Reichspost«, Prof. Dr. Conßen und G. Malkewitz, die Druckerei und den Verlag des Blattes mit allen Aktiven und Passiven zu übernehmen und die Zeitung in gut konservativem Sinne weiterzuführen. Es kam eine Einigung hierüber zustande, und ein eiligst in die Druckerei entsandter Bote traf dort noch gerade zur rechten Zeit ein, um die Mitteilung über das Eingehen der »Pommerschen Reichspost« durch eine Abonnements-Einladung für das neue Vierteljahr ersetzen zu können. So hing die Entscheidung über Sein oder Nichtsein der Zeitung an einem Härchen. Wäre sie nur eine Stunde später erfolgt, so wäre vermutlich die auswärtige Auflage des Blattes bereits versandt gewesen und mit ihr die »Todes-Anzeige« der »Pommerschen Reichspost« in alle Teile der Provinz gelangt. »Es hat nicht sollen sein!« . . .

Die geschäftliche Lage des Unternehmens blieb auch unter den neuen Inhabern eine immerhin recht schwierige. Die Mittel der Aktien-Gesellschaft waren aufgebraucht und eigenes Kapital stand weder dem einen noch dem andern Inhaber zur Verfügung. Da hieß es denn mit gläubigem Vertrauen auf die bemittelten Parteigenossen in Stadt und Provinz schauen, und dieses Vertrauen wurde nicht getäuscht. Vor allem sei hierbei wieder zweier opferwilliger Männer gedacht, die den neuen Besitzern über die ersten Schwierigkeiten hinweghalfen: des Kommerzienrats Quistorp und des Kommissionsrats Wolkenhauer. Immerhin ließ die finanzielle Lage viel zu wünschen übrig, und es bedurfte der ganzen Kraft und Umsicht der beteiligten Männer, das Unternehmen über Wasser zu halten. In dankbarer Anerkennung sei hier auch des Geschäftspersonals gedacht, das die schlimmen Zeiten geduldig ertrug, das sich an manchem Gehaltszahlungstage mit wenigen Mark begnügte und seine Forderungen bereitwilligst stundete, bis eingehende Gelder die Nachzahlung der Gehälter ermöglichten.

Aus dieser unangenehmen und drückenden Lage wurden die Unternehmer befreit, als sich im Frühjahr 1885 der damalige Landtagsabgeordnete Graf von Eickstedt-Peterswaldt auf Hohenholz und Roten-Klempenow im Kreise Randow bereit fand, Druckerei und Zeitung zu übernehmen und auf seine Rechnung fortzuführen. Er schloß mit dem Verleger des »Deutschen Tageblatts«, dem Verlagsbuchhändler Friedrich Luckhardt in Berlin, einen Vertrag, nach welchem Luckhardt den aus vier Seiten kleinen (Quart-) Formats bestehenden politischen Teil der »Pommerschen Reichspost« als Sonderabdruck aus dem »D. Tgbl.« lieferte und die hiesige Druckerei nur vier weitere Seiten gleichen Formats mit örtlichen und provinziellen Nachrichten, sowie mit dem Anzeigenteil herstellte. Der bisherige Chefredakteur Prof. Dr. Contzen schied aus der Redaktion aus. Die geschäftliche und redaktionelle Leitung übernahm der Redakteur Malkewitz, der aber in der ersteren zeitweise durch den aus Berlin

berufenen Faktor A. Runge ersetzt wurde. Auch war der Kaufmann August Elsner in Stettin mehrere Monate mit der Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten betraut. Die finanzielle Lage war Dank dem Eingreifen des Grafen Eickstedt-Peterswaldt voraussichtlich für lange Zeit gesichert.

Da trat am 17. Oktober 1885 ein Ereignis ein, das für das Beamten- und Druckerei-Personal nicht nur sehr schmerzlich, sondern für die Zukunft des Unternehmens von schwerwiegender Bedeutung war: der durch einen Schlaganfall herbeigeführte plötzliche Heimgang des Grafen Eickstedt. Unmittelbar vor den Landtagswahlen, für die ihn die Konservativen des Wahlkreises Randow-Greifenhagen wieder als Kandidaten aufgestellt hatten, schloß dieser treue und opferfreudige Mann seine Augen für immer. Sein Tod stellte das Weiterbestehen der Zeitung abermals in Frage. Den Bemühungen des Redakteurs Malkewitz gelang es jedoch, eine Reihe konservativer Männer auf's neue für die Zeitung zu interessieren. Es wurde ein freies »Komitee« gebildet, welches den Erben des verstorbenen Besitzers Druckerei und Verlagsrecht der Zeitung abkaufte. Mit der Weiterführung des Unternehmens wurde wiederum der Redakteur Malkewitz betraut, auf dessen Vorschlag der Vertrag mit Luckhardt in Berlin gelöst und die »Pommersche Reichspost« wieder in vier Seiten großen Formats herausgegeben wurde.

Diese Neuordnung der äußeren Verhältnisse bestand bis zum Schluß des Jahres 1886. Der sehr lose Zusammenhang des sogenannten »Komitees« und die große Verantwortung, welche dessen Beauftragte ohne eigentliche Rückendeckung übernommen hatten, ließ eine Reorganisation des Unternehmens erwünscht erscheinen. Nach längeren Verhandlungen kam ein Vertrag zwischen den Beauftragten und dem Redakteur Malkewitz zustande, nach welchem das Eigentum der Druckerei und des Verlages auf den Redakteur Malkewitz und die seit dem Jahre 1883 im Betriebe der »Pommerschen Reichspost« tätigen Buchdrucker Johannes Blankenhagen und

Gustav Erdmann überging. Die drei neuen Besitzer übernahmen die Verpflichtung, die Zeitung in konservativem Sinne weiterzuführen und die bisherige Firma beizubehalten. Damit war dem Unternehmen eine Grundlage gegeben, auf der sich Druckerei und Zeitung frei entwickeln konnten. Diese Entwicklung hat sich denn auch über Hoffen und Erwarten vollzogen, sodaß die Besitzer am Schlusse des ersten Vierteljahrhunderts des Bestehens der Firma mit froher Genugtuung auf ihre Arbeit und mit herzlichem Dank auf das ihnen von vielen Seiten entgegengebrachte Vertrauen zurückblicken können.

Die Geschäftsräume wurden am 1. März 1886 aus dem Hause Kohlmarkt 8 in das Haus Roßmarktstraße 5 und am 1. Oktober 1891 von dort in die neuerbauten Geschäftsräume Elisabethstraße 13 verlegt, wo sie sich noch heute befinden. Die Erweiterung des Buchdruckereibetriebes und des Verlagsgeschäftes machte mehrfache Erweiterungsbauten notwendig. Zurzeit nehmen die Geschäftsräume einen Teil des Erdgeschosses im Vorderhause und fast die ganzen drei Stockwerke eines Seitenflügels auf dem Grundstück Elisabethstraße 13 ein. Die Buchdruckerei arbeitet zurzeit mit fünf Schnellpressen, zwei kleineren Druckpressen, einer Zeilengießmaschine (Linotype) und mehreren Hilfsmaschinen, die durch Elektromotore betrieben werden. Die Zahl der Arbeitskräfte in Buchdruckerei, Redaktion und Expedition beträgt gegen 50.

Dem ersten Verlagswerk, der täglich erscheinenden »Pommerschen Reichspost«, sind im Laufe des verflossenen Vierteljahrhunderts weitere gefolgt: neben mehreren täglich bezw. wöchentlich und monatlich erscheinenden periodischen Druckschriften auch eine Anzahl Bücher. Seit dem Jahre 1888 wird das »Amtliche Schulblatt für den Regierungsbezirk Stettin« (monatlich zweimal), seit 1. April 1894 der »Bund der Landwirte für Pommern«, amtliches Blatt der Provinzial-Abteilung Pommern des Bundes der Landwirte (wöchentlich einmal), seit 1. April 1898 die »Landwirtschaftliche Wochenschrift für Pommern«, Amtsblatt

Druck- und Verlagswerke der
»Pommerschen Reichspost« I.

Gustav Erdmann überging. Die drei neuen Besitzer übernahmen die Verpflichtung, die Zeitung in konservativem Sinne weiterzuführen und die bisherige Firma beizubehalten. Damit war dem Unternehmen eine Grundlage gegeben, auf der sich Druckerei und Zeitung frei entwickeln konnten. Diese Entwicklung hat sich denn auch über Hoffen und Erwarten vollzogen, sodaß die Besitzer am Schlusse des ersten Vierteljahrhunderts des Bestehens der Firma mit froher Genugtuung auf ihre Arbeit und mit herzlichem Dank auf das ihnen von vielen Seiten entgegengebrachte Vertrauen zurückblicken können.

Die Geschäftsräume wurden am 1. März 1886 aus dem Hause Kohlmarkt 8 in das Haus Roßmarktstraße 5 und am 1. Oktober 1891 von dort in die neuerbauten Geschäftsräume Elisabethstraße 13 verlegt, wo sie sich noch heute befinden. Die Erweiterung des Buchdruckereibetriebes und des Verlagsgeschäftes machte mehrfache Erweiterungsbauten notwendig. Zurzeit nehmen die Geschäftsräume einen Teil des Erdgeschosses im Vorderhause und fast die ganzen drei Stockwerke eines Seitenflügels auf dem Grundstück Elisabethstraße 13 ein. Die Buchdruckerei arbeitet zurzeit mit fünf Schnellpressen, zwei kleineren Druckpressen, einer Zeilengießmaschine (Linotype) und mehreren Hilfsmaschinen, die durch Elektromotore betrieben werden. Die Zahl der Arbeitskräfte in Buchdruckerei, Redaktion und Expedition beträgt gegen 50.

Dem ersten Verlagswerk, der täglich erscheinenden »Pommerschen Reichspost«, sind im Laufe des verflossenen Vierteljahrhunderts weitere gefolgt: neben mehreren täglich bezw. wöchentlich und monatlich erscheinenden periodischen Druckschriften auch eine Anzahl Bücher. Seit dem Jahre 1888 wird das »Amtliche Schulblatt für den Regierungsbezirk Stettin« (monatlich zweimal), seit 1. April 1894 der »Bund der Landwirte für Pommern«, amtliches Blatt der Provinzial-Abteilung Pommern des Bundes der Landwirte (wöchentlich einmal), seit 1. April 1898 die »Landwirtschaftliche Wochenschrift für Pommern«, Amtsblatt

Druck- und Verlagswerke der
»Pommerschen Reichspost« I.

Druck- und Verlagswerke der
»Pommerschen Reichspost« II.

Druck- und Verlagswerke der
»Pommerschen Reichspost« II.

der Landwirtschaftskammer, mit der Beilage »Pommerscher Landbote« (wöchentlich einmal), seit 1. Januar 1901 das »Pommersche Genossenschaftsblatt«, Organ des Verbandes pommerscher landwirtschaftlicher Genossenschaften (monatlich zweimal), seit 1. Januar 1903 die »Monatsschrift für den Bezirksverband der Eisenbahnvereine im Eisenbahndirektionsbezirk Stettin« (monatlich einmal), seit Oktober 1906 die »Pommersche Bäcker-Zeitung« und seit 1. Mai 1907 der »Pommersche Ratgeber für Bienenkunde, Obstbau und Geflügelzucht« in der Buchdruckerei der »Pommerschen Reichspost« hergestellt. Mehrere Jahre leistete diese auch den Druck der »Ornithologischen Zeitschrift« und der Bellevue-Theater-Zeitung« (täglich erscheinend).

Im Verlage der »Pommerschen Reichspost« erscheinen u. a. die allgemeinen und besonderen Bedingungen für die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen im Bereich des 2. und 17. Armeekorps, sowie die sämtlichen Bücher und Formulare für den pommerschen Molkereiverband und den Verband pommerscher landwirtschaftlicher Genossenschaften und deren einzelne Glieder.

3. Unter drei Kaisern und vier Kanzlern.

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU

Die Gründung der »Pommerschen Reichspost« fiel in eine Zeit, in welcher das junge Deutsche Reich auf der Höhe seines Ansehens stand. Unter der weisen Regierung des großen Kaisers und seines Reichskanzlers, des Fürsten Bismarck, war seine Haltung von ausschlaggebender Bedeutung für die europäische Politik. Im Besitze eines starken, schlagfertigen Heeres mit einem kriegsgeübten Offizierkorps flößte es seinen offenen und heimlichen Gegnern heilsame Furcht, seinen Freunden das Gefühl der Sicherheit ein. Nach den Kaiserworten in der Thronrede von 1871 suchte es seinen Ruhm nicht in kriegerischen Eroberungen, sondern in der Vermehrung der Güter des Friedens. Mit der herrlichen Kaiserbotschaft vom 17. November 1881, welche den arbeitenden Klassen eine Gesetzgebung sozialer Fürsorge verhieß, trat es an die Spitze aller Kulturnationen der Welt. Stark nach außen und gefestigt im Innern konnte es nunmehr auch seinen Anteil an den herrenlosen weiten überseeischen Länderstrecken fordern und in die Reihe der Kolonialmächte eintreten.

Die Politik des Schutzes der nationalen Arbeit, die Sozialpolitik und die Kolonialpolitik — das waren die drei gewaltigen Probleme, um welche sich die innerpolitischen Kämpfe unseres Volkes in den achtziger Jahren drehten. Die »Pommersche Reichspost« hat zu diesen Fragen aus vollster Überzeugung im Sinne des Fürsten Bismarck Stellung genommen. Durchdrungen von dem Wert der heimischen Landwirtschaft für eine gesunde wirtschaftliche und nationale Entwickelung hat sie in dem Kampf um einen wirksamen Schutz der landwirtschaftlichen Produktion vom ersten Augenblick ihres Erscheinens an mit in erster Reihe gefochten und die dahinzielenden Maßnahmen der verbündeten Regierungen wirksam unterstützt. Sie ist dem auch in Stettin erhobenen freihändlerischen Geschrei, daß der Übergang zum Schutzzollsystem die Vernichtung des deutschen Handels bedeute, energisch entgegengetreten,

und das Aufblühen unserer deutschen See- und Handelsstädte nach Durchführung der wirtschaftspolitischen Pläne Bismarck's hat ihre Stellungnahme voll gerechtfertigt.

Die aus dem landesväterlichen Herzen Kaiser Wilhelm's I. geborene und vom Fürsten Bismarck eingeleitete Arbeiterfürsorge hat in der »Pommerschen Reichspost« warmherzige Förderung erfahren. Die Zeitung ist sowohl für das Kranken- und das Unfallversicherungsgesetz, wie für die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter eingetreten und hat auch die auf Erzielung eines besseren Arbeiterschutzes gerichteten Bestrebungen der Regierung mit lebhaftem Interesse begleitet. Zugleich aber hat sie auf die immer ungünstiger sich gestaltende Lage des Mittelstandes, insonderheit des Handwerks hingewiesen und gesetzliche Maßnahmen zur besseren Organisation, sowie zur wirtschaftlichen und technischen Förderung desselben nachdrücklich gefordert. Eine lange Reihe von Leitartikeln legt davon beredtes Zeugnis ab.

Neben diesen großen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen bewegten das deutsche Volk in den achtziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts auch Fragen von hoher nationaler Bedeutung. Die Mehrheit des Reichstages leistete der Forderung der verbündeten Regierungen auf Erhaltung und Stärkung unserer Wehrkraft mehr und mehr Widerstand, sodaß Fürst Bismarck sich gezwungen sah, im Jahre 1887 dem Kaiser die Auflösung des Reichstages zu empfehlen. In dem darauf folgenden Wahlkampf vertrat die »Pommersche Reichspost« die Sache der auf nationalem Boden geeinigten sogenannten Kartellparteien. Das Wahlergebnis entsprach den gehegten Erwartungen. Die Reichstagswahlen des Jahres 1890 zerstörten die Kartellmehrheit wieder. Dasselbe Jahr aber brachte uns durch die Entlassung des Fürsten Bismarck aus seinen Ämtern als Reichskanzler und Ministerpräsident einen totalen Umschwung in der äußeren und inneren Politik des Deutschen Reiches und Preußens.

Tiefe schmerzliche Trauer hatte sich im Jahre 1888 auf das deutsche Volk gesenkt. Der Begründer des neuen Deutschen Reiches, Kaiser Wilhelm der Große, schloß nach kurzer Krankheit in der Morgenfrühe des 9. März seine Augen, die so lange voll Liebe und Güte auch auf den letzten seiner Untertanen herniedergeblickt hatten, für immer. Der greise Kriegsheld und Friedensfürst, den Gottes allmächtige Hand mehrfach aus Mörderhänden glücklich errettet hatte, ging im Alter von fast 91 Jahren, umgeben von den Mitgliedern seines Hauses und von seinen großen Paladinen Bismarck und Moltke, in Frieden heim. Unter den Lieben, die sein Sterbelager umstanden, fehlte aber derjenige, auf dessen Schultern nunmehr die schwere Last des Herrscheramtes überging: der Kronprinz Friedrich Wilhelm, oder, wie er sich nach dem Heimgange des großen Kaisers nannte, Kaiser Friedrich. Fern von der Heimat, im sonnigen Italien, suchte er Genesung von schwerer Krankheit. In der »Pommerschen Reichspost« gab deren Mitarbeiter Franz Jahn, der so oft an nationalen Festtagen seine Leyer für die Leser unserer Zeitung erklingen ließ, den Gefühlen des trauernden deutschen Volkes noch in der Nummer vom 9. März abends in folgendem poetischen Nachruf vollendeten Ausdruck:

Dumpf läutet rings der Glocken Chor
Durch's Reich vom Fels zum Meeresstrand.
Nun hülle dich in Trauerflor
O du mein deutsches Vaterland!
Nun senk' dein stolzes Fahnentuch
Tief bis zum halben Mast herab,
Weil an dein Ohr die Kunde schlug:
Der alte Kaiser sank in's Grab!

Du hohes, stolzes Frauenbild
Germania, dort am Niederwald,
Umflore deinen ehernen Schild,

Halt fest um's Schwert die Faust geballt.
Der deine Kinder um sich rief,
Der sie zu Einem Volk vereint –
Dein Held und Friedefürst entschlief,
Und jedes deutsche Auge weint.

Wie lang auch seines Lebens Ziel
Von Gott dem Herrn ward ausgespannt,
Das Szepter viel zu früh entfiel
Für uns der neunzigjähr'gen Hand.
Verwaist steh'n plötzlich allzugleich
Die Hirten wie das Völkerheer,
Denn, ach, der nächste Erb' im Reich,
Er ringt mit Todeskrankheit schwer.

Nun hülle dich in's Trauerkleid
O du mein deutsches Vaterland!
Wirf allen Schmuck und Tand beiseit,
Erscheine' im schwarzen Klaggewand.
Der dich geführt zur Sonnenhöh',
Dein greiser Hohenzollernaar –
Schau hin und klag' im tiefsten Weh –
Er liegt dort auf der Totenbahr'.

Doch wie gewaltig auch der Schmerz,
Der ungestillt und unerfüllt
Durchzittert jedes deutsche Herz,
Mit Tränen jedes Auge füllt;
Nicht trostlos seh'n wir in das Grab,
Drin er zu seiner Ruhe kam:
Es war der Herr, der ihn uns gab,
Es war der Herr, der ihn uns nahm!

Was Gott tut, das ist wohlgetan,
Ob dunkel seine Wege sind,

Der Glaube hält sich fest daran,
Wenn auch die heiße Zähre rinnt.
Wohl ihm, im Glauben überwand,
Auch er des Todes Bitterkeit.
Der Herr, der siegreich auferstand,
Gab Frieden ihm nach langer Zeit.

Die »Pommersche Reichspost« erschien vom Todestage bis zum Tage nach der Beisetzung der sterblichen Hülle des verblichenen Herrschers mit Trauerrand. Am Beisetzungstage selbst stimmte Franz Jahn seine Leyer noch einmal zu einer »Totenklage um unseren weiland Kaiser Wilhelm«, deren einzelne stimmungsvolle Strophen mit dem Kehrreim endeten:

»Vaterland, in tausend Jahren
Sahst du solchen Kaiser nicht!«

Kaiser Friedrich beließ das Steuer des Reichs- und Staatsschiffes in den bewährten Händen des Fürsten Bismarck. Das deutsche Volk schöpfte daraus die beruhigende Zuversicht, daß die politische Richtung der Regierung unter dem neuen Herrscher im großen und ganzen dieselbe bleiben werde. In Nr. 71 der »Pommerschen Reichspost« nahm die Redaktion zu den veränderten Verhältnissen in Deutschland Stellung, und zwar in einem Leitartikel: »Unsere politische Aufgabe«. Als solche wurde bezeichnet, »daß wir nun unter Kaiser Friedrich's Leitung daran zu arbeiten haben, daß die Hinterlassenschaft des großen Kaisers uns erhalten bleibt, daß sie geschützt und verteidigt werde gegen alles, was da kommen möge, daß sie bewahrt werde vor dem Fluch innerer Zwietracht, aber auch gerettet werde durch alle äußeren Fährnisse hindurch«. Diesem Programm ist die »Pommersche Reichspost« bis zum heutigen Tage treu geblieben; sie hat es vertreten auch in Zeiten, als der erste Nachfolger des Fürsten Bismarck sowohl von dessen wirtschaftspolitischen Bahnen wie von den Wegen abwich,

welche der große Kanzler des großen Kaisers der auswärtigen Politik Deutschlands vorgezeichnet hatte.

Kaiser Friedrich's Regierungszeit war für den von seinem Volke über alles geliebten Monarchen eine Zeit schweren Leidens. Dennoch ging die Regierungsmaschine unter Bismarck's Leitung den gewohnten ruhigen Gang. Immerhin aber ist aus den »neunundneunzig Tagen«, die zu herrschen dem kranken Kaiser nur vergönnt waren, eines Ereignisses zu gedenken, das in Preußen und im Reiche gewaltiges Aufsehen erregte: der Entlassung des Staatsministers Robert von Puttkamer aus seinem Amt als Minister des Innern. Scharfe Angriffe gegen den Minister wegen angeblicher Wahlbeeinflussung der ihm unterstellten politischen Beamten, die von freisinniger und sozialdemokratischer Seite ausgingen, führten zum Erlaß einer Kabinettsordre, in welcher der Minister einen Mangel des Vertrauens der Krone zu seiner amtlichen Wirksamkeit erkennen zu müssen glaubte. Er erbat deshalb seinen Abschied und erhielt ihn am 12. Juni, genau drei Tage vor dem Ableben Kaiser Friedrichs, der am 15. Juni nach langen schweren Leiden zur Ewigkeit einging. Die Neubesetzung des Amtes erfolgte erst nach dem Heimgange des Kaisers Friedrich durch seinen Nachfolger, Kaiser Wilhelm II., der den Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Herfurth, zum Minister berief.

Auch Kaiser Friedrich's Tod gab dem Sänger der »Pommerschen Reichspost« Franz Jahn Veranlassung zu einem poetischen Nachruf; er ist in Nr. 144 des Blattes (Jahrgang 1888) enthalten. Nach einigen Strophen, welche der Regierungszeit Kaiser Wilhelm's I. gewidmet waren, heißt es darin:

Wie anders lenkte Gottes Hand des einz'gen Sohns Geschick!
Als Knabe warf der Kronprinz schon auf's höchste Ziel den Blick.
Und was der Jüngling dann erstrebt, was er als Mann vollbracht,
Hat vor den Augen aller Welt ihn kronenwert gemacht.

Des Volkes Hoffnung stand auf ihm so sicher, fest und treu;
In »unserm Fritz« entstieg dem Grab der große Ahn auf's neu.
Ein Urbild echter Männlichkeit, gewaltig und doch mild,
Stand uns im Herzen allezeit des künft'gen Kaisers Bild.

Und dann — — ein gift'ger Wurm zerfraß das eisenfeste Holz.
Der schönste Stamm im deutschen Wald, hochragend kühn und stolz,
Er welkt dahin, nicht sturmgeknickt, wie's sonst der Eiche Lauf,
Nein, langsam, Zoll um Zoll nur rückt der Tod im Mark herauf.

Hat je ein tragischer Geschick ein Heldenherz ereilt?
Ward je durch größ're Folterqual ein Märtyrer zerspeilt?
Reif für den höchsten Herrscherthron, beglückend und beglückt,
Hat Gott die schwerste Dulderkron' ihm auf das Haupt gedrückt.

Die »Pommersche Reichspost« hat die heute noch vielfach umstrittenen politischen Vorgänge während der Regierung Kaiser Friedrichs — insonderheit die Entlassung des Ministers v. Puttkamer — mit der schon durch das schwere Leiden des Kaisers gebotenen Zurückhaltung behandelt. Auch nach erfolgtem Regierungswechsel hat sie eine Kritik der 99 Tage unterlassen zu sollen geglaubt und sich darauf beschränkt, das beim Ableben Kaiser Wilhelms des Großen aufgestellte Programm auch unter Kaiser Wilhelm II. als Richtschnur ihres Handelns zu bezeichnen. Mit allem Nachdruck aber ist sie sowohl vorher als nachher für die von dem englischen Arzt Dr. Mackenzie und seinen Helfershelfern schwer angegriffene Ehre der deutschen Ärzte eingetreten. Die Veröffentlichung des amtlichen Berichts über die Krankheit Kaiser Friedrichs hat diese ihre Stellungnahme gerechtfertigt.

Kaiser Wilhelms II. Regierung begann nach Verlauf der Trauerzeit mit außerordentlichem Glanze. Der junge tatenfrohe Monarch, der den von ihm hochverehrten Fürsten Bismarck in seinen Ämtern als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident bestätigte, entwickelte bald eine sehr lebhafte Initiative auf allen

Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens und gab damit seine Handlungen mehr als einer seiner Vorgänger auf dem Kaiserthron der öffentlichen Kritik preis. Der durch die Verfassung gebotene, vom Fürsten Bismarck mehr als einmal scharf betonte Grundsatz, daß ein Herrscher sich bei Vorgängen politischer Natur nie ohne »ministerielle Kleidungsstücke« zeigen dürfe, wurde dabei natürlich nicht immer beachtet. Das persönliche Hervortreten des Kaisers und die in der Presse daran geknüpften lebhaften Erörterungen haben dem Fürsten Bismarck zweifellos manche unruhige Stunde bereitet und ihn ahnen lassen, daß seine Trennung von seinem Amt nur eine Frage der Zeit sei. Immerhin glaubte wohl niemand in Deutschland, daß dem Zusammenwirken des Kaisers und Bismarck's schon so bald ein Ziel gesetzt werden würde.

Das Jahr 1890, in welchem dieses die ganze Kulturwelt bewegende Ereignis eintrat, war für die Entwickelung unserer innerpolitischen Verhältnisse von einschneidender Bedeutung. Der Reichstag, von welchem die verbündeten Regierungen die Verlängerung und Verschärfung des Sozialistengesetzes forderte, lehnte diese am 25. Januar ab und beseitigte damit die Schranken, welche der agitatorischen Wirksamkeit der Sozialdemokratie wenigstens einigermaßen Einhalt taten. Unterm 4. Februar erließ der Kaiser die denkwürdigen Erlasse, welche eine internationale Regelung des Arbeiterschutzes anbahnten und seine Absicht auf Einberufung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz, kundtaten. Beide Erlasse erschienen ohne Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Am 20. Februar fanden die Neuwahlen zum Reichstage statt, durch welche die bisherige Kartellmehrheit beseitigt wurde. Am 28. Februar erschien die Mitteilung in den »Hamburger Nachrichten« (dem späteren Organ des entlassenen Reichskanzlers), daß Fürst Bismarck mit Rücksicht auf das Wahlergebnis seine Entschließung, sich von den Geschäften zurückzuziehen, vertagt habe. Am 13. März bezeichnete die offiziöse »Nordd. Allg. Ztg.« die Gerüchte von einer Kanzlerkrisis noch als der tatsächlichen

Begründung entbehrend; wenige Tage später aber, am 18. März, war diese Krisis bereits ausgebrochen und im Sinne des Rücktritts des Fürsten Bismarck entschieden. Am 19. März konnten die Zeitungen melden, daß das Entlassungsgesuch Bismarck's angenommen worden sei. Unterm 20. März erschienen die beiden kaiserlichen Erlasse, durch welche dem Fürsten der Herzogstitel verliehen und er zum Generaloberst ernannt wurde. Der »Reichsanzeiger« vom 21. März abends brachte dann endlich die amtliche Mitteilung von der Entlassung Bismarck's und der Ernennung des Generals v. Caprivi zu seinem Nachfolger. Die für das preußische und deutsche Volk so bedeutsame und glanzvolle Ära Bismarck war damit zu Ende! »Bismarck's Namen und seine Taten aber,« so schrieb am 20. März die »Pommersche Reichspost« (Nr. 67), »gehören der Geschichte an, die von keinem größeren Manne zu berichten weiß. Der Neid der einen, der Haß und die Mißgunst der andern reichen nicht an ihn heran — sein Charakterbild wird trotz der Parteien Haß und Gunst in der Geschichte nicht schwanken.«

Die »Pommersche Reichspost« gehört zu denjenigen deutschen Zeitungen, welche dem Fürsten Bismarck auch nach seiner Verabschiedung die Treue hielten. Aller Zwiespalt zwischen Berlin und Friedrichsruh, wo der greise Staatsmann bald seinen dauernden Aufenthalt nahm, alle Konflikte zwischen den amtlichen Berliner Kreisen und den um sein Lebenswerk sorgenden Altreichskanzler haben die Zeitung nie zu einer Stellungnahme gegen Bismarck zu drängen vermocht. Die Abwege, auf welche unter seinem Nachfolger bald die innere und äußere Politik geriet, sind von der »Pommerschen Reichspost« entschieden bekämpft worden. Noch heute hält diese an den Grundsätzen der Bismarck'schen Politik unveränderlich fest, und sie hat dabei die Genugtuung erfahren, daß die leitenden deutschen Staatsmänner der Gegenwart wieder in die politischen Bahnen einlenken, welche der erste Nachfolger Bismarcks

ohne Schaden für Reich und Volk glaubte verlassen zu können. Die »Pommersche Reichspost« hat zu der Kanzlerschaft des Generals v. Caprivi bei deren Beginn in Ruhe und Objektivität Stellung genommen. »General v. Caprivi«, so heißt es in Nr. 69 vom 22. März 1890, »ist eine sympatische Persönlichkeit; ihm geht der Ruf eines genialen Mannes voraus — und das ist sehr viel. Er wird sein Genie früher oder später zu betätigen haben; zunächst aber kommt ihm das Reich mit Vertrauen entgegen.« Das Blatt wies dann weiter darauf hin, daß das Ausland in dem neuen Kanzler nur den Vollstrecker der Aufträge des den Frieden anstrebenden Kaisers erblicken werde, und daß damit notgedrungen künftighin die Stellung des Reichskanzlers als geschichtlich einflußreiches Amt hinter der verantwortungsvolleren Bedeutung der Krone selbst zurücktreten werde.

Das hohe Interesse, das Kaiser Wilhelm II. vom Beginn seiner Regierungszeit an der deutschen Kriegs- und Handelsmarine und damit dem deutschen Schiffsbau entgegenbrachte, führte ihn wiederholt auch nach Stettin, und auf die im Vororte Bredow belegene bedeutendste deutsche Privatwerft »Vulcan«. Die »Pommersche Reichspost« ist dieser dankenswerten Betätigung monarchischen Einflusses in vielen Aufsätzen gerecht geworden. Als der Kaiser im Januar 1891 die bekannte Eisbrecherfahrt in die Ostsee und von Swinemünde nach Stettin unternahm, stimmte Franz Jahn seine Leyer zu folgendem Kaisersgeburtstags-Sang in Nr. 25 unseres Blattes.

Das Dampfroß braust durch die Winternacht
Weit über verschneiete Lande;
Es führt eine stolze lebendige Fracht
Zum eisumgürteten Strande.
Dort steht schon ein anderer Renner gezäumt,
Der den deutschen Kaiser soll ungesäumt
Durch's Eis mit kräftigem Wagen
Hinaus in die Ostsee tragen.

Hinaus in das Meer und zurück durch das Haff
Erzwingt es den Weg sich, den sauern;
Dem Sporne gehorchend, zertrümmert es straff
Gepanzerten Buges die Mauern.
Es hebt sich bäumend empor in Hast
Und drückt mit des Leibes gewaltiger Last
Die Decke des Eises zu Splittern,
Daß alle Fugen erzittern.

Ha, was für ein kühner, erfrischender Sport,
Welch Rennen mit Hindernissen!
Daß doch dem Kaiser all Zeit und Ort
Die Feinde so weichen müssen!
Glück zu zur neuesten Nordlandsfahrt,
Du junger Recke von alter Art,
Glück zu zu der Winterreise!
Dich hemmen nicht Berge von Eise.

Glück zu dem Kaiser! erschallt es heut' laut
An des Landes herrlichstem Feste.
So wie wir ihm jüngst in das Auge geschaut
Und ihm zugejubelt aufs beste:
So lasset uns heute im trauten Verein
Zu neuer Treue die Herzen ihm weih'n,
Zur Treue ohn' Wanken und Wiegen,
Die nimmer soll brechen noch biegen.

Vom Froste gebunden liegt Land und Meer,
Der Flur ist das Leben genommen.
Doch drückt auch der Winter uns noch so schwer,
Wir wissen: Der Frühling muß kommen!
O, daß es bald auf der deutschen Erd'
Im Herzen des Volkes auch Frühling werd'
Und huldigend auch die Verirrten
In Treue sich nah'n ihrem Hirten!

Hatte die «Pommersche Reichspost« unter der Kanzlerschaft Bismarck's aus freier Überzeugung heraus und darum mit gutem Gewissen fast in allen Fragen Schulter an Schulter mit der Regierung fechten können, so zeigte sich bald, daß die neue Ära zu einer derartigen Waffenbrüderschaft nicht angetan war. Der alte Bismarck'sche Grundsatz, daß man politische Freundschaften mit anderen Mächten nicht durch die Preisgabe eigener wirtschaftlicher Interessen erkaufen dürfe, verlor für seinen Nachfolger alle Geltung. Das wurde aller Welt klar, als der General v. Caprivi bei Beginn seiner Handelsvertragspolitik sich darauf berief, daß man Österreich-Ungarn und Italien als mit dem Deutschen Reiche verbündeten Mächten wirtschaftspolitische Erleichterungen gewähren müsse. Die konservative Partei trat diesem Beginnen mit Entschiedenheit entgegen. Insbesondere bekämpfte sie die Herabminderung des Zollschutzes für die Landwirtschaft, wie sie der General-Reichskanzler in den neuen Handelsverträgen zur Tatsache machte. Sein Schlagwort, Deutschland müsse aus einem Agrarstaat ein Industriestaat werden, zeigte der konservativen Partei die große Gefahr, welcher das Reich bei seiner Handelsvertragspolitik ausgesetzt war. Immerhin glaubte ein Teil der Partei den Verträgen mit Österreich und Italien zustimmen zu dürfen, weil der Kanzler eine weitere Preisgabe des landwirtschaftlichen Zollschutzes gegenüber anderen Mächten, insbesondere Rußland, entschieden in Abrede stellte. Es zeigte sich aber bald, daß Herr v. Caprivi dieses Versprechen weder einlösen wollte, noch konnte. Den Handelsverträgen mit Österreich und Italien vom Jahre 1892 folgten im Jahre 1894 die Handelsverträge mit Serbien, Rumänien und Rußland, die auch diesen Mächten die verminderten Zollsätze für landwirtschaftliche Erzeugnisse gewährten. Infolge der deutscherseits verabsäumten Kündigung der Meistbegünstigungsverträge aber trat auch das gesamte übrige Ausland in den Vollgenuß der den Vertragsländern von uns gewährten Zollerleichterungen, ohne daß dem Deutschen Reiche daraus handelspolitische Vergünstigungen

erwuchsen. So wurde das wirtschaftspolitische System Bismarcks ohne Nutzen preisgegeben, die Landwirtschaft des ihr notwendigen Schutzes gegen die ausländische Konkurrenz beraubt und in schwerste Bedrängnis gebracht und durch die einseitige Begünstigung der Ausfuhr-Industrie in den neuen Handelsverträgen die Grundlage des deutschen Wirtschaftslebens total verschoben. Der Zweck aber, den Caprivi mit der Preisgabe der Landwirtschaft zu erreichen hoffte, die Festigung der politischen Stellung des Reiches nach außen, wurde nicht erreicht. Ja, der Nachfolger Bismarck's warf sogar das Bündnis mit Rußland, das der eiserne Kanzler gewissermaßen als Rückversicherung neben dem Bündnis der Dreibundstaaten eingegangen war, zum alten Eisen und trieb damit Rußland in die Arme Frankreichs. Wie sehr die deutsche auswärtige Politik unter diesem Fehler gelitten hat, braucht hier nicht nachgewiesen zu werden.

Daß die konservative Partei unter diesen Umständen ihr Verhältnis zur Regierung einer Revision unterziehen mußte, leuchtet ein. Unter den konservativen Zeitungen, welche im Jahre 1892 energisch auf die Einberufung eines konservativen Parteitages drangen, stand die »Pommersche Reichspost« in erster Reihe. Wochen und Monate lang hat sie fast Tag für Tag in längeren oder kürzeren Artikeln die Forderung vertreten, daß die konservative Partei der Regierung gegenüber ihre volle Selbstständigkeit wahren und die Regierung überall da bekämpfen müsse, wo ihre Maßnahmen nach konservativer Anschauung dem Reiche zum Schaden gereichten. Diesen Standpunkt teilten die hervorragendsten konservativen Blätter, und bald nahm ihn auch die große Mehrheit der Partei im Lande ein. Die konservative Parteileitung entschloß sich deshalb zur Einberufung eines allgemeinen Parteitages, der am 8. November 1892 im Tivoli-Saale zu Berlin stattfand. Die »Pommersche Reichspost« war auf diesem Parteitage durch ihren Chefredakteur vertreten. Das Ergebnis der Verhand-

lungen war die Feststellung eines neuen konservativen Partei-Programms, das noch heute in Kraft ist.

Hand in Hand mit den Bestrebungen zur inneren Kräftigung der konservativen Partei ging eine gewaltige Regung innerhalb der deutschen Landwirtschaft zur Bildung einer über das ganze Deutsche Reich sich erstreckenden landwirtschaftlichen Interessenvertretung. Auch diese Bewegung kam zu einem erfolgreichen Ergebnis. Im Tivoli-Saal zu Berlin wurde am 13. Februar 1893 der Bund der Landwirte in's Leben gerufen. Zu den Zeitungen, welche sich dieser neuen Vereinigung von Anfang an mit Begeisterung zur Verfügung stellten, gehört auch die »Pommersche Reichspost«. Sie hat die Sache des Bundes der Landwirte mit demselben Nachdruck vertreten wie die der konservativen Partei und so ihren Teil zum freundnachbarlichen Verhältnis beider Verbände in der Provinz Pommern erheblich beigetragen. Bald nach der Begründung des Bundes der Landwirte — am 1. April 1894 — übernahm der Chefredakteur der »Pommerschen Reichspost« die Organisation des Bundes für Pommern, und noch heute befinden sich die Geschäftsräume des Bundes und die der »Pommerschen Reichspost« in ein und demselben Hause. Auch wird das pommersche Bundesblatt seit 1. April 1894 in der Buchdruckerei der »Pommerschen Reichspost« gedruckt.

Die Kanzlerschaft Caprivi's — C. war in Anerkennung seiner Handelsvertragspolitik vom Kaiser in den Grafenstand erhoben worden — geriet im Jahre 1892 dadurch stark in's Wanken, daß der von der preußischen Regierung dem Abgeordnetenhause vorgelegte sog. Zedlitz'sche Volksschulgesetzentwurf infolge heftiger Angriffe von liberaler Seite auf Befehl des Königs zurückgezogen wurde. Graf Caprivi, der im Abgeordnetenhause mit aller Entschiedenheit für den Gesetzentwurf eingetreten war, erbat nach dessen Zurückziehung seine Entlassung sowohl aus dem Amt des Reichskanzlers wie aus dem des preußischen Ministerpräsidenten. Die Krisis fand ihre Lösung dadurch, daß Caprivi Reichskanzler blieb,

daß aber das Amt als preußischer Ministerpräsident dem Grafen Botho Eulenburg übertragen wurde. Diese Trennung der beiden wichtigsten Ämter lag aber weder im Interesse des Reiches, noch in dem des preußischen Staates, und es war vorauszusehen, daß man es hierbei nur mit einem vorübergehenden Zustande zu tun hatte. Dieser nahm denn auch im Jahre 1894 ein Ende, indem beide Staatsmänner gleichzeitig ihre Ämter niederlegten und an ihre Stelle der bisherige Statthalter der Reichslande, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, berufen wurde. In die Amtszeit dieses dritten Kanzlers des neuen Deutschen Reiches fiel der sogenannte Kanal-Konflikt in Preußen, zu welchem die »Pommersche Reichspost« im Sinne der konservativen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses Stellung nahm. Fürst zu Hohenlohe trug die Bürde des Reichskanzleramtes etwa sechs Jahre lang. Im Oktober 1900 trat der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister Graf v. Bülow an seine Stelle.

Die »Pommersche Reichspost« begrüßte diesen Kanzlerwechsel als den Abschluß jahrelanger Unsicherheit und den Beginn geordneter Verhältnisse auf innerpolitischem Gebiet. Neben dem festen Vertrauen in die auswärtige Politik des Grafen Bülow gab sie der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Reichskanzler auch in wirtschaftspolitischen Fragen eine glückliche Hand haben und die Neuordnung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande mit Geschick und Erfolg durchführen werde. Diese Erwartung ist im großen und ganzen eingetroffen. Zwar hat der gegenwärtige Reichskanzler, der inzwischen von seinem Kaiser und Könige in den Fürstenstand erhoben wurde, nicht alle Forderungen zu erfüllen vermocht, welche unsere näheren politischen Freunde bei der Aufstellung des neuen Zolltarifs erhoben; zwar steht zurzeit noch die endgültige Regelung unserer Handelsbeziehungen zu mehreren großen Konkurrenzländern aus: was aber bisher auf diesem für Deutschlands Zukunft wichtigsten Gebiete unter der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow geschehen ist,

bedeutet ohne Zweifel eine Rückkehr zu den Grundsätzen der alten Bismarck'schen Politik, wie die »Pommersche Reichspost« in Übereinstimmung mit ihrer Partei sie gefordert hat.

Dem Fürsten Bülow ist es auch gelungen, verschiedene große Streitfragen der inneren Politik Preußens und des Reiches zum endlichen Abschluß zu bringen. Einen glänzenden Erfolg erzielte seine mannhafte und staatskluge Haltung der kolonialfeindlichen Mehrheit des Reichstages gegenüber bei den Reichstagswahlen des Jahres 1907. Das Wahlergebnis darf auch als Billigung der Wirtschaftspolitik des Kanzlers aufgefaßt werden, die er wiederholt als sein ureigenes Werk bezeichnet hat. So sehen wir auch seiner ferneren Amtsführung mit Vertrauen und in der Hoffnung entgegen, daß es der »Pommerschen Reichspost« beschieden sein möge, in allen großen Fragen der inneren und äußeren Politik dem Fürsten Bülow treue und überzeugte Gefolgschaft zu leisten!

4. Persönliches und anderes.

Zu den Männern, welche im verflossenen Vierteljahrhundert der »Pommerschen Reichspost« ein mehr als vorübergehendes Interesse widmeten, zählen wir in dankbarer Erinnerung den am 15. März 1900 heimgegangenen Oberpräsidenten von Pommern, vormaligen Minister des Innern und Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Robert v. Puttkamer (geb. 5. Mai 1828). Er hat uns während seines achtjährigen Stettiner Aufenthaltes oftmals Zeichen warmer Anteilnahme an unseren Bestrebungen gegeben und, wenn es sich um Fragen von hervorragender politischer Bedeutung handelte, gelegentlich auch selbst einmal seine Feder der »Pommerschen Reichspost« zur Verfügung gestellt. Sein in der Kunstanstalt von F. Meidinger in Berlin gefertigtes Bild hält die Erinnerung an diesen ausgezeichneten Mitarbeiter des großen Kanzlers in unserer Redaktion wach.

Vom ersten Erscheinen der »Pommerschen Reichspost« an bis zu seinem am 13. März 1903 erfolgten Heimgang war uns der in weiten Kreisen Pommerns und darüber hinaus bekannte Kirchenpolitiker und Missionsfreund A. Andrae (Roman) ein warmherziger Freund und Förderer. Er begründete und leitete viele Jahre lang den Stettiner konservativen Verein. Auf dem Gebiete der inneren Mission war er eine der führenden Persönlichkeiten innerhalb unserer Provinzialkirche. Neben seinen vielen Ehrenämtern — er war u. a. Mitglied der Provinzialsynode, des Provinzialsynodalvorstandes und der Generalsynode — gehörte Andrae von 1889—1900 auch der Stadtverordneten-Versammlung an und beteiligte sich lebhaft an der im Jahre 1888 durch die »Pommersche Reichspost« eingeleiteten kommunalen Bewegung. Vielen Anstalten der inneren Mission widmete er als Mitglied ihrer Kuratorien und Vorstände und als Vorsitzender derselben seine bis ins 80. Lebensjahr ungebrochene Kraft. Sein Bild mit eigenhändiger Widmung und dem Wahlspruch: »Christentum, Königtum, Vaterlandsliebe — das sind die

Grundpfeiler, mit denen Preußen-Deutschland steht und fällt!« nimmt in unseren Geschäftsräumen einen Ehrenplatz ein.

Des hervorragenden Anteils des heimgegangenen Kommerzienrats Johannes Quistorp an der Gründung und dem Gedeihen der »Pommerschen Reichspost« haben wir in den ersten Kapiteln dieser Schrift bereits gedacht. Quistorp hatte ursprünglich die Absicht, Zeitung und Druckerei in dem von ihm begründeten Stadtteil Westend anzusiedeln, und tatsächlich war das Unternehmen auch während der ersten Tage seines Bestehens auf einem Quistorp'schen Grundstück an der Falkenwalderstraße beheimatet. Trotzdem ihm durch die Verlegung der Druckerei in die innere Stadt ein Lieblingswunsch zerstört war, ist sein Interesse an der »Pommerschen Reichspost« sich immer gleich geblieben, und mehrfach hat er im Laufe der Zeit tatkräftig eingegriffen, um das Unternehmen zu sichern. Quistorp ist durch die Begründung gemeinnütziger Anstalten — wir nennen nur Bethanien, Ernst-Moritz-Arndt-Stift, Friedenshof — und durch die landschaftlich hervorragende Schöpfung unserer herrlichen Westend-Anlagen bekanntlich auch zu einem Wohltäter Stettins geworden. Der Quistorp-Turm auf den Eckerberger Höhen, den ihm treue Kindesliebe errichtete, predigt weit ins Land hinaus von seiner segensreichen Lebensarbeit. Johannes Quistorp ging im 77. Lebensjahre am 9. Mai 1899 heim und wurde auf dem Friedhof von Bethanien zur ewigen Ruhe bestattet.

Mit dankbarem Empfinden wenden wir unsern Blick ferner zu dem Bilde eines Mannes, der Jahre lang ein fast täglicher Gast in unseren Redaktionsräumen war: des am 23. September 1904 verstorbenen Landtagsabgeordneten Generalleutnants z. D. von Heydebreck. Seine ritterliche Persönlichkeit, seine warmherzige Teilnahme an unseren Kämpfen und Sorgen und die erfrischende Offenheit, mit welcher er in privaten Kreisen und öffentlichen Versammlungen für die konservative Sache eintrat, sind uns unvergeßlich.

Zur Dankbarkeit verpflichtet uns auch das warme Interesse, das eine Anzahl anderer Männer wiederholt der »Pommerschen Reichspost« erwiesen haben. Wir nennen u. a. den heimgegangenen Reichstagsabgeordneten v. d. Osten-Blumberg, die im Jahre 1900 bezw. 1904 verstorbenen Landtagsabgeordneten v. Manteuffel und Praetorius, den Archivrat Dr. v. Bülow, den Wirkl. Geheimen Ober-Regierungsrat v. Knebel-Doeberitz, den Hauptmann a. D. Plasz und den Hauptmann a. D. v. Hennigs (†).

Von den gelegentlichen Mitarbeitern der »Pommerschen Reichspost» seien an dieser Stelle nur einige erwähnt. In der Zeit der kommunalen Bewegung waren es Professor Dr. Kolisch und Oberlehrer Karl Priebe, denen wir eine Reihe wertvoller Beiträge für unser Blatt verdankten. Professor Karl Friedrich Meyer, der verdienstvolle Leiter des Buchheidevereins, dem seine Verehrer ein Denkmal auf dem heiligen Berge bei Podejuch errichteten, schrieb uns manches interessante Feuilleton, ebenso Dr. Hermann v. Petersdorff und andere mehr. Für den politischen Teil ist seit Jahren Fritz Bley in Berlin tätig. Julius Willhain liefert uns noch jetzt geistvolle und gern gelesene Plaudereien. Über Theater und Musik schrieben Paul Wendt (jetzt in Berlin), v. Vosi (jetzt Redakteur an der »Stralsundischen Ztg.«), Professor Dr. Bahlmann, Carl Brummund, Max Bergemann, Hermann Seeger u. a. m.

Der erste leitende und verantwortliche Redakteur der »Pommerschen Reichspost« Professor Dr. Heinrich Contzen war vor seinem Übertritt in die journalistische Laufbahn Dozent am Polytechnikum in Aachen. Ehe er seine hiesige Stelle antrat, leitete er verschiedene konservative Blätter in Mittel- und Westdeutschland (Eisenach, Hannover u. s. w.). Neben ihm arbeiteten in der Redaktion Gustav Malkewitz für den politischen und Adolf Eisermann für den übrigen Teil der Zeitung. Contzen schied 1885 aus der Redaktion aus und übernahm die Leitung des »Bromberger Tageblatts«, die er bis zu seinem Tode innehatte. An seine Stelle als Chefredakteur der

«Pommerschen Reichspost« trat Malkewitz. Den örtlichen und provinziellen Teil bearbeitete längere Zeit Emil Gersdorff. Adolf Eisermann starb nach langem, schwerem Leiden im Mai 1890. Ihn ersetzte Gustav Erdmann, der seit 1894 bis heute verantwortlich zeichnet. Am 1. April 1894 trat Fritz Koch in die Redaktion ein und gehört ihr noch heute an.

Für die Redaktion des in unserem Verlage erscheinenden Wochenblattes »Bund der Landwirte für Pommern« zeichnet verantwortlich Johannes Blankenhagen, für die »Landwirtschaftliche Wochenschrift für Pommern« Prof. Dr. Troschke, für das »Amtliche Schulblatt« die Geh. Regierungsräte D. Bethe, Dr. Butzky und Hauffe, für das »Pommersche Genossenschaftsblatt« Landrat z. D. von Brockhausen, für die »Monatsschrift der Eisenbahnvereine« Carl Brummund, für die »Pommersche Bäcker-Zeitung« Karl Recke, für den »Pommerschen Ratgeber für Bienenkunde« Prange-Stargard und Bohnenstengel-Buslar.

In der Geschichte der »Pommerschen Reichspost« fehlt es auch an Preßprozessen nicht. Die verantwortlichen Redakteure der Zeitung hatten sich viermal vor Gericht zu verantworten. Sie wurden in einem Falle zuerst freigesprochen, auf von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision dann aber verurteilt; in den anderen drei Fällen erfolgten Verurteilungen in erster Instanz, von denen zwei durch königliche Begnadigung – aufgrund der Amnestie im Jahre 1888 – unwirksam gemacht wurden.

In der mehrfach erwähnten kommunalen Bewegung in Stettin von 1888–1900 vertrat die »Pommersche Reichspost« die Unabhängigkeit der städtischen Verwaltung von der Parteipolitik. Ihr Auftreten gegen den freisinnigen »Ring« im Rathause führte zur Bildung der »Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter«. Diese Vereinigung, welche eine sehr lebhafte Tätigkeit entfaltete und von Wahl zu Wahl einen größeren Rückhalt in der Einwohnerschaft Stettins fand, erzielte im Jahre 1899 die Mehrheit in der Stadt-

Gustav Malkewitz, M. d. R. und A.-H.

Johannes Blankenhagen.

Gustav Erdmann.

»Pommerschen Reichspost« trat Malkewitz. Den örtlichen und provinziellen Teil bearbeitete längere Zeit Emil Gersdorff. Adolf Eisermann starb nach langem, schwerem Leiden im Mai 1890. Ihn ersetzte Gustav Erdmann, der seit 1894 bis heute verantwortlich zeichnet. Am 1. April 1894 trat Fritz Koch in die Redaktion ein und gehört ihr noch heute an.

Für die Redaktion des in unserem Verlage erscheinenden Wochenblattes »Bund der Landwirte für Pommern« zeichnet verantwortlich Johannes Blankenhagen, für die »Landwirtschaftliche Wochenschrift für Pommern« Prof. Dr. Troschke, für das »Amtliche Schulblatt« die Geh. Regierungsräte D. Bethe, Dr. Butzky und Hauffe, für das »Pommersche Genossenschaftsblatt« Landrat z. D. von Brockhausen, für die »Monatsschrift der Eisenbahnvereine« Carl Brummund, für die »Pommersche Bäcker-Zeitung« Karl Recke, für den »Pommerschen Ratgeber für Bienenkunde« Prange-Stargard und Bohnenstengel-Buslar.

In der Geschichte der »Pommerschen Reichspost« fehlt es auch an Preßprozessen nicht. Die verantwortlichen Redakteure der Zeitung hatten sich viermal vor Gericht zu verantworten. Sie wurden in einem Falle zuerst freigesprochen, auf von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision dann aber verurteilt; in den anderen drei Fällen erfolgten Verurteilungen in erster Instanz, von denen zwei durch königliche Begnadigung — aufgrund der Amnestie im Jahre 1888 — unwirksam gemacht wurden.

In der mehrfach erwähnten kommunalen Bewegung in Stettin von 1888—1900 vertrat die »Pommersche Reichspost« die Unabhängigkeit der städtischen Verwaltung von der Parteipolitik. Ihr Auftreten gegen den freisinnigen »Ring« im Rathause führte zur Bildung der »Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter«. Diese Vereinigung, welche eine sehr lebhafte Tätigkeit entfaltete und von Wahl zu Wahl einen größeren Rückhalt in der Einwohnerschaft Stettins fand, erzielte im Jahre 1899 die Mehrheit in der Stadt-

Gustav Malkewitz, M. d. R. und A.-H.

Johannes Blankenhagen.

Gustav Erdmann.

verordneten-Versammlung, löste sich jedoch nach den Wahlen von 1900 auf, als eine Reihe der führenden Persönlichkeiten aus der Versammlung ausschied.

Über die persönlichen Verhältnisse der gegenwärtigen Inhaber der Firma »Pommersche Reichspost« sei hier folgendes bemerkt:

Gustav Malkewitz wurde am 15. Mai 1861 zu Wollin i. P. geboren. Er besuchte von 1867—1875 die Bürgerschule in Wollin und die französische Knabenschule (jetzige Barnimschule) in Stettin, erlernte von 1875—1879 in Wollin die Buchdruckerkunst und war bis 1882 in größeren und kleineren Buchdruckereien und Verlagsgeschäften tätig. 1882 trat er in die Redaktion der »Pommerschen Reichspost« ein und wurde 1885 deren Chefredakteur und Verleger. 1888 wurde er in die Stettiner Stadtverordneten-Versammlung gewählt, der er bis zum Jahre 1900 angehörte und in welcher er Vorsitzender der »Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter« war. Im Herbst des Jahres 1900 wählte ihn der Wahlkreis Randow-Greifenhagen in's preußische Abgeordnetenhaus und erneuerte ihm das Mandat im Jahre 1903. Bei den Reichstagswahlen 1903 kandidierte Malkewitz im Wahlkreise Köslin-Kolberg-Körlin-Bublitz und errang das Mandat in der Stichwahl gegen den freisinnigen Kandidaten Dr. Barth. Nach der Auflösung des Reichstages im Dezember 1906 wurde er in seinem bisherigen Wahlkreise wiederum als Kandidat aufgestellt und bei den Wahlen im Januar 1907 gleich im ersten Wahlgang mit erheblicher Mehrheit wiedergewählt. Seit 1903 ist Malkewitz Mitglied der Handwerkskammer zu Stettin; auch gehörte er mehrere Jahre der Gemeindevertretung von St. Jakobi in Stettin an. Im Jahre 1904 gab er die »Geschichte der Stadt Wollin in Pommern« heraus.

Johannes Blankenhagen wurde am 29. Oktober 1862 zu Wollin i. P. geboren. Nach dem Besuch der dortigen Bürgerschule

erlernte er von 1876–1880 in Wollin die Buchdruckerkunst und war dann in mehreren kleineren und größeren Städten in seinem Fach tätig. In die Buchdruckerei der »Pommerschen Reichspost« trat er bei deren Begründung im Jahre 1883 ein und ist seit 1. Januar 1887 Mitinhaber der Firma. Seit 1. April 1894 zeichnet er verantwortlich für die Redaktion des »Bund der Landwirte für Pommern«. Blankenhagen wurde 1901 Beauftragter der Handwerkskammer für das graphische Gewerbe; er war Mitbegründer und Vorstandsmitglied der freien Innung der Buchdruckereibesitzer Stettins bis zu deren Auflösung und ist Vorsitzender der Meisterprüfungskommission für das Lithographen- und Steindruckgewerbe der Regierungsbezirke Stettin und Köslin.

Gustav Erdmann wurde am 21. September 1860 zu Stettin geboren. Nach beendeter Schulbildung erlernte er von 1874–1878 in der Heisenland'schen Druckerei in Stettin die Buchdruckerkunst und arbeitete bis 1883 in hiesigen und auswärtigen Druckereien. Im März 1883 trat er als Metteur en pages in die Buchdruckerei der »Pommerschen Reichspost« ein, widmete sich aber von 1890 ab der redaktionellen Tätigkeit und ist seit 1894 verantwortlicher Redakteur der »Pommerschen Reichspost«. Mitinhaber der Firma ist er seit 1. Januar 1887.

Der seit 1. April 1894 in der Redaktion der »Pommerschen Reichspost« tätige Redakteur Fritz Koch wurde am 22. März 1864 zu Berlin geboren. Er besuchte das Königliche Friedrich-Wilhelms-Gymnasium daselbst und studierte von 1882–1885 in Berlin Theologie. Nachdem er mehrere Jahre als Hauslehrer in verschiedenen Stellungen gewirkt, schlug er die journalistische Laufbahn ein und trat 1894 in unsere Redaktion ein.

Faktor der »Pommerschen Reichspost« ist seit 1896 Karl Teich, der seine Lehrzeit bei uns beendet und nach längerer Tätigkeit

in auswärtigen Druckereien wieder hierher zurückkehrte. — Die Zahl der seit Gründung der Buchdruckerei ausgebildeten Lehrlinge beträgt 18.

Vorsteher der Expedition der »Pommerschen Reichspost« ist seit 1899 Richard Saulke.

Von den im Betriebe der »Pommerschen Reichspost« beschäftigten Arbeitnehmern steht der Arbeiter Gustav Kiebert am längsten — über zwei Jahrzehnte — in unserem Dienst, nämlich seit dem Jahre 1887.

5. Schlußwort.

Als die »Pommersche Reichspost« am 1. Oktober 1892 auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken durfte, stimmte unser inzwischen heimgegangener Freund Franz Jahn seine Leyer für die Leser unserer Zeitung zum letzten mal.

Sein Gedicht, das in Nr. 231 vom 2. Oktober veröffentlicht wurde, lautete:

Zehn Jahre – kurze Spanne Zeit
Verglichen mit der Ewigkeit!
Zehn Jahre – welche lange Frist,
Wer sie nach Tag und Stunden mißt!
Zehn Jahre – wovon jeder Tag
Hat seine eig'ne Sorg' und Plag',
Arbeit und Mühe und Verdruß
Wohl mehr als Freude und Genuß.
Der Kampf um's Dasein drückt oft schwer,
Der Gegner Mißgunst noch viel mehr,
Und schlimmer noch als diese schneid't
In's Fleisch der Freunde Lässigkeit,
Weil die am schärfsten kritisieren,
Die selber keine Feder rühren.
Doch heute gilt es nicht, zu klagen,
Vielmehr von Herzen Dank zu sagen
Für alles, was wir in zehn Jahren
An Beistand und an Gunst erfahren.
War auch der Anfang nicht ganz leicht,
Wir haben manches doch erreicht
Und lassen uns den Mut nicht dämpfen
Zum unerschrock'nen Weiterkämpfen.
»Vorwärts mit Gott!« die Losung sei,
Womit wir frisch und fromm und frei

Biblioteka Główna UMK
300051163966

Ein neu Dezennium beginnen
Und um der Leser Beifall minnen.
Und jeder, der mit uns zugleich
Einsteht für Kaiser und für Reich,
Er schließe sich als Christ und Mann
Von Herzen unser'er Losung an!

Den Festartikel aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens schrieb auf Wunsch der Redaktion Professor Dr. Kolisch. Er behandelte eingehend die Stellung der konservativen Partei und der »Pommerschen Reichspost« zu den religiösen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Am Schluß heißt es:

«Wenn die »Pommersche Reichspost« in dem verflossenen Dezennium in ihrer politischen Haltung stets dieselbe geblieben ist, so verdankt sie dies allein der festen politischen Weltanschauung, welche in den Ideen des Christentums, der Monarchie und des Vaterlandes ihre unerschütterliche Grundlage besitzt. Auf diesen Fels wollen wir denn auch in Zukunft weiter bauen und unsere Losung sei jetzt und immerdar: Mit Gott für Kaiser und Reich!«

Am Abschluß des ersten Vierteljahrhunderts unserer Arbeit dürfen wir bekennen, daß die »Pommersche Reichspost« dieser Losung immerdar nachgelebt hat. Sie soll uns auch der Wegweiser für die Zukunft sein, und so schließen wir diese Blätter, indem wir als unseres Strebens Inhalt über den Eingang in's zweite Vierteljahrhundert wiederum die Losung setzen:

»Mit Gott für Kaiser und Reich!

15763

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU
15763

15763

Bibliologia

Biblioteka Główna UMK
300051163966